



NORBERT FREI

Im Namen der Deutschen.
Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit

C.H.Beck | München 2023
377 Seiten, Hardcover | 28,00 €
ISBN 978-3-406-80848-7

rezensiert von

ERNST WOLFGANG BECKER, Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart

Die Geschichte der Bundesrepublik als »Erlösungs-, Erfüllungs- und Ankunftsgeschichte«¹ einer geglückten Demokratisierung und Liberalisierung zu erzählen, dieses Erfolgsnarrativ prägt ungeachtet aller kritischen Urteile im Einzelnen die großen Synthesedarstellungen seit den 1990er-Jahren.² Auch die Entwicklung der Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur steht unter diesem Narrativ einer fortschreitenden Lernerfahrung. Dieser Erzählung widersteht die jüngste, von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Auftrag gegebene Studie des Jenaer Historikers Norbert Frei ein Stück weit. Die Auseinandersetzung der ersten sechs Bundespräsidenten, die als Erwachsene Nationalsozialismus und Krieg erlebt hatten, mit der NS-Vergangenheit blieb von Kontinuitäten geprägt. Den normativen Setzungen und aufklärerischen Ambitionen von Theodor Heuss folgten seine Nachfolger bis Richard von Weizsäcker ebenso wie seinen Tendenzen einer Relativierung von NS-Belastungen. Dieses Thema à la longue zu untersuchen ist das Verdienst dieser Darstellung, die auf ein breiteres Publikum abzielt, der Geschichtswissenschaft aber auch viel Bekanntes aus der reichhaltigen Forschung präsentiert.

Am Anfang war Theodor Heuss, dem Frei allein ein Drittel des Buches widmet. In seinen vergangenheitspolitischen Reden wandte er sich gegen das Vergessen der NS-Verbrechen und zeigte Empathie mit den Verfolgten und Überlebenden. Anstelle einer Kollektivschuld forderte er von den Deutschen eine »Kollektivscham« ein, eine moralische Kategorie, mit der er den Erwartungen des Auslands entgegenkam und eine Aussöhnung mit den Juden anstrebte. Er vergegenwärtigte öffentlich und früh den Zivilisationsbruch des Holocaust und machte deutlich, dass die Judenverfolgung keinem Deutschen entgangen sein konnte. Diese erinnerungspolitischen

¹ Paul Nolte, Von Glück und Streit, Lernen und Stabilität. Historiografische Meistererzählungen deutscher Demokratie, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hg.), Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 121–137, hier S. 131.

² Vgl. Thomas Hertfelder, Erfolgsgeschichte Bundesrepublik. Aufstieg und Krise einer Meistererzählung, Stuttgart 2020.

Interventionen zogen scharfe Kritik aus der Bevölkerung auf sich. Doch selbst Heuss pflegte eine »frührepublikanische Schuldabwehr-Erzählung« (S. 37), indem er Hitler und seine Machtclique dämonisierte und die sonstigen deutschen Täter verschwieg.

In diesem Rahmen bewegte sich auch Heinrich Lübke. In seinen Reden blieb das Leid der Juden weitgehend täterlos, die Verbrechen seien unter »Missbrauch des deutschen Namens« begangen worden. Der wachsenden kritischen Sicht der jüngeren Generation auf die Vergangenheitspolitik stand Lübke hilflos gegenüber, doch in seiner Ablehnung eines Schlussstrichs bei der Strafverfolgung von NS-Verbrechen war er wiederum auf der »Höhe der Zeit« (S. 136). Gustav Heinemann blieb nach Frei Einschätzung eher blass bei seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Er nahm vor allem die demokratische Tradition Deutschlands in den Blick und verband sie mit einem »emanzipatorischen Fortschrittsglauben« (S. 183). Walter Scheel führte für das Kriegsende den Begriff der »Befreiung« ein, doch gleichzeitig orientierte sich sein Erinnern an dem Gebrauchswert für die Gegenwart, um eine polarisierte Gesellschaft zu versöhnen. Karl Carstens setzte sich für die Anerkennung der Sinti und Roma als Opfergruppe ein, hielt aber sonst die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit für weitgehend abgeschlossen und wollte lieber an die hellen Momente deutscher Geschichte erinnern. »Wirkliche Lernerfahrungen« (S. 261) blieben ihm laut Frei versagt. Und auch »die Rede« von Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestages des Kriegsendes weiß der Autor in ihrer Ambivalenz einzuordnen, war sie doch 1985 eigentlich kein Tabubruch mehr, überzeugte aber durch ihre persönliche Note und ihren erhabenen, religiös grundierten Ton. Anachronistische Formeln wie die vom Einzeltäter Hitler oder der »Verstrickung« der Deutschen standen neben der Erwähnung neu in den Fokus gerückter Opfergruppen wie jener der Zwangsarbeiter.

Die vergangenheitspolitische Großzügigkeit bei Verleihung des Bundesverdienstordens ging bereits auf Heuss zurück und ließ sich in Einzelfällen als Anerkennung von Integrationsleistungen ehemaliger Nationalsozialisten nach 1945 verstehen. Wurden die Ordensvergaben des ersten Bundespräsidenten noch kaum öffentlich kritisiert, so zeigten unter Lübke mehrere Skandale, dass die Ordenspolitik zunehmend unter dem aufmerksamen Blick einer sich wandelnden Gesellschaft stand. In manchen Fällen war Lübke aber bei Ordensverleihungen auch kritisch gegenüber politisch Belasteten. Heinemann begann, auch Menschen zu ehren, die sich durch »Courage und kritischen Eigensinn« (S. 207) in der NS-Zeit Verdienste erworben hatten. Über Heinemann hinaus verfolgt Frei diese vergangenheitspolitisch sensible Symbolpolitik leider nicht. Auch ist es schwer nachvollziehbar, warum der Autor den gescheiterten, aber symbol- und vergangenheitspolitisch höchst aufschlussreichen Versuch von Heuss übergeht, nach der Diskreditierung des »Liedes der Deutschen« durch die Nationalsozialisten eine neue Nationalhymne einzuführen.

Seit Heuss engagierten sich die Bundespräsidenten für verurteilte Kriegsverbrecher und vermeintliche »Opfer einer Siegerjustiz«. Von eigenen Präferenzen geleitet, setzten sie sich selektiv für die Begnadigung von »geläuterten« Massenmördern mit bürgerlichem Hintergrund (so Heuss beim Einsatzgruppenleiter Martin Sandberger) oder von NS-Größen wie Rudolf Heß (so noch Mitte der 1980er-Jahre durch von Weizsäcker) ein. Hingegen ihre eigene Rolle in Nationalsozialismus und Krieg reflektierten sie kaum, verschleierten, relativierten und leugneten sie oder stellten sich als Opfer oder Widerständler dar. Dies betraf bereits Heuss' Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933, setzte sich bei den Funktionsträgern in der Rüstungswirtschaft Lübke und Heinemann sowie bei NSDAP-Mitgliedern wie Scheel und Carstens fort und machte auch nicht bei von Weizsäcker halt, der seine eigenen Erfahrungen als Wehrmachtssoldat im Osten verschwieg und vorbehaltlos seinen verurteilten Vater verteidigte. Blieb bereits Heuss nicht gänzlich von kritischen Nachfragen verschont, so standen vor allem seine Nachfolger Lübke und partiell Carstens im Fokus einer polarisierten Öffentlichkeit und – im Falle Lübkes – einer Skandalisierung durch die DDR.

Deutlich wird aber auch, wie es seit dem ersten Bundespräsidenten gelang, auf Staatsbesuchen allen Fallstricken zum Trotz durch expressive Versöhnungsgesten und Ehrung der Opfer der deutschen Besatzungsherrschaft ein anderes, ziviles und geläutertes Deutschland zu repräsentieren. Die von Heuss beabsichtigte »Entkrampfung« (S. 312) im Verhältnis zu den

einstmals besetzten Ländern wirkte sich auch auf den Binnendiskurs in der Bundesrepublik aus. Dies verfolgt Frei leider nur anhand von Heuss, Heinemann und von Weizsäcker und spart vergangenheitspolitisch relevante Auslandsreisen anderer Staatsoberhäupter im europäischen und außereuropäischen Raum aus.

Hinter den Bundespräsidenten stand ein zunächst kleines Amt, das Frei im Hinblick auf die vergangenheitspolitische Dimension genauer in den Blick nimmt. Wenig überraschend ist der Befund, dass der Anteil ehemaliger Mitglieder von NS-Organisationen vergleichbar ist mit anderen Bundesministerien und sich Ex-Parteigenossen vor allem in den höheren Diensträngen fanden. Heuss stellte sich von Beginn an schützend vor seinen Amtschef Manfred Klaiber, dem seine Vergangenheit als NSDAP-Mitglied und Diplomat im ›Dritten Reich‹ vorgeworfen wurde. Aufschlussreich ist, dass sich bereits unter Heuss vier von sieben Referaten im Bundespräsidialamt mit Themen der NS-Vergangenheit beschäftigten. Ihren Einfluss auf die Präsidentenreden, bei der Vergabe von Orden an belastete Personen wie auch auf die Begnadigungskampagnen für verurteilte Kriegsverbrecher zeichnet Frei punktuell nach. Hier müssten künftige Forschungen weitergehen, um das Zusammenspiel des Bundespräsidialamts mit anderen Bundesministerien und mit der Kriegsverbrecherlobby genauer zu analysieren.

Frei ist es mit seiner flüssig geschriebenen und sich mitunter schmissiger Werturteile bedienenden Studie gelungen, die Kontinuitätslinien einer ambivalenten Vergangenheitspolitik der ersten sechs Bundespräsidenten aufzuzeigen. Als »Avantgarde« (S. 309) setzten sie politische und gesellschaftliche Standards und wagten sich bis an die Grenzen des Sagbaren vor. Zugleich machten sie sich exkulpatorische Positionen einer ›Schlussstrich‹-Politik und einer schweigenden Mehrheit in der Bevölkerung zu eigen. Auch als seit den 1960er-Jahren der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit kritischer wurde, folgten die Bundespräsidenten weiterhin einem zweideutigen »Skript« (S. 308), an dem viele Deutsche seit 1949 mitgeschrieben hatten. Diese vergangenheitspolitische Persistenz, die hinter den gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zurückblieb, arbeitet Frei klar heraus, doch sie bleibt erklärungsbedürftig: Folgt den Staatsoberhäuptern damit ihrer Idee von Staatsräson? War das Festhalten an diesen Ambivalenzen Teil einer Integrationsaufgabe, die seit Heuss als entscheidende Funktion des Bundespräsidenten angesehen wird?

Nicht überzeugend ist es, wenn Frei die Bedeutung des ersten Bundespräsidenten stark relativiert und sie vor allem Pfadabhängigkeiten unterwirft. Sicherlich: Die Rede vom ›Glücksfall‹ Heuss ist angesichts der nun schon länger bekannten Kehrseiten seiner Erinnerungspolitik nicht mehr uneingeschränkt zu vertreten. Und natürlich war auch er den politischen Rahmenbedingungen der frühen Bundesrepublik unterworfen und einem Zeitgeist des Verschleierns und Beschweigens verhaftet. Aber es waren eben nicht nur »der Auftrag des Grundgesetzes und die Logik der Institution« (S. 309), die das Amt prägten, denn die wenigen Verfassungsartikel zum Amt des Bundespräsidenten boten große Gestaltungsspielräume für das Selbstverständnis und die Amtspraxis des Staatsoberhauptes. So versuchte Heuss zunächst, in machtpolitische Leerstellen vorzustößen, scheiterte aber am Widerstand Adenauers. Es bildete sich somit eine Verfassungswirklichkeit heraus, in der er sich vor allem auf symbol- und geschichtspolitischen Felde eine große moralische Autorität sicherte. Diese Entwicklung war eng mit seiner Person verbunden: Seine intellektuellen und kommunikativen Fähigkeiten, sein ausgeprägtes Denken in historischen und nationalen Kategorien, sein tiefsitzender Anspruch eines Erziehers zur Demokratie, sein fast unübersehbares Geflecht von Beziehungen zu Menschen unterschiedlicher politischer Couleur, gerade auch zu Juden und Emigranten, eine sich volkstümlich gebende Bürgerlichkeit und schließlich eine nicht ganz lupenreine Vergangenheit im ›Dritten Reich‹ – all dies waren individuelle Voraussetzungen, die den Pfad für einen ambivalenten Umgang mit der NS-Vergangenheit ebneten. Hinter die Standards der Erinnerungspolitik von Heuss fielen seine Nachfolger nicht mehr zurück, gingen aber auch kaum über ihre Grenzen hinaus.

Der Titel des Buches »Im Namen der Deutschen« ist offensichtlich zweideutig: als zeitgenössischer Topos des Verschleierns der Täterschaft von NS-Verbrechen, die eben nicht von Deutschen, sondern »im deutschen Namen« verübt worden seien; dann wiederum als Anspruch der Bundespräsidenten, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen. Dies hätte freilich auch die

Deutschen in der DDR einbeziehen und auf eine deutsch-deutsche Verflechtungsgeschichte der Erinnerungspolitik der Staatsoberhäupter in beiden deutschen Staaten zulaufen müssen. Das wäre dann Gegenstand weiterer Forschungen, die auf der Studie von Frei aufbauen können.

Zitierempfehlung

Ernst Wolfgang Becker, Rezension zu: Norbert Frei, Im Namen der Deutschen. Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit, C.H.Beck, München 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81998.pdf>> [17.6.2024].



RICCARDO ALTIERI

»Antifaschisten, das waren wir...«
Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie

Büchner-Verlag | Marburg 2022
566 Seiten, gebunden | 39,00 €
ISBN 978-3-96317-282-3

rezensiert von

THILO SCHOLLE, Berlin

Rosi Wolfstein und Paul Frölich sind für Interessierte an der Geschichte der Arbeiterbewegung zwar geläufige Namen, die Zahl der biografischen Arbeiten ist insbesondere zu Wolfstein dennoch außerordentlich gering. Zu Frölich ist die Lage auch aufgrund einiger Selbstzeugnisse etwas besser, aber auch hier lag bislang keine umfassende wissenschaftliche Biografie vor. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass mit Riccardo Altieris bei Mario Keßler und Frank Jacob an der Universität Potsdam entstandenen geschichtswissenschaftlichen Dissertation nun gleich eine Doppelbiografie beider Persönlichkeiten vorliegt, zumal Wolfstein und Frölich nicht nur langjährige politische Gefährten, sondern ab Anfang der 1920er-Jahre bis zu Paul Frölichs Tod auch privat ein Paar waren.

Einleitend hält der Autor fest, Wolfstein habe bei verschiedenen Gelegenheiten darauf bestanden, hinter Paul Frölich zurückzutreten, da dieser »das politische Agens ihrer Beziehung gewesen sei« (S. 13f.). Dieser Wunsch, im Hintergrund zu bleiben, könne, so Altieri, vermutlich am höflichsten durch eine Doppelbiografie auf Augenhöhe umgangen werden. Eine wichtige Fragestellung für den Band stellen die politischen Entwicklungen respektive die Kontinuitäten beider Biografien dar: Beide wechselten im Laufe ihres Lebens mehrfach die politische Partei, von der SPD über die Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) (Frölich) bzw. die USPD (Wolfstein) gemeinsam in die KPD und später über die KPD-Opposition (KPO) und die SAP zurück zur SPD. Blieben sie durchgehend Sozialdemokraten beziehungsweise Sozialisten oder sahen sie sich selbst als Kommunisten?

Altieri erzählt das Leben seiner Protagonisten weitgehend chronologisch, wobei sich die parallelen Biografien ab dem Eintritt beider in die Arbeiterbewegung zunehmend verknüpfen. Der 1884 in Leipzig geborene Frölich war seit 1902 Mitglied der SPD, gehörte seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 aber zur innerparteilichen Opposition. Sein Weg führte ihn über die IKD zunächst in die KPD, wo er dem Parteivorstand angehörte. Zu Beginn noch auf dem linken Flügel der KPD verortet, bewegte er sich als Befürworter einer Einheitsfront mit der Sozialdemokratie in die Mitte und damit in einen harten Konflikt mit der ultralinken KPD-Führung. Seit 1921

Mitglied des Reichstags geriet er innerparteilich immer mehr ins Abseits und schloss sich 1928 der KPD an, doch endete auch diese Etappe 1932 im Zerwürfnis. Frölich schloss sich der SAP an, zu deren Exil-Leitung er nach 1933 gehörte. Rosi Wolfstein wurde im Jahr 1888 in eine gläubige jüdische Familie in Witten geboren. 1908 trat sie in die SPD ein und wurde unter anderem über die SPD-Parteischule in Berlin mit Rosa Luxemburg bekannt. Während des Ersten Weltkriegs wurde sie als Kriegsgegnerin und Mitglied der Duisburger Spartakusgruppe mehrfach inhaftiert. Sie nahm am Gothaer Gründungsparteitag der USPD teil, ebenso am Gründungsparteitag der KPD in Berlin. Von 1921 bis 1924 war sie für die KPD Mitglied des Preußischen Landtags, geriet aber ebenfalls in Konflikt mit der ultralinken Führung der Partei und wurde 1929 Mitglied der KPD und 1932 der SAP. Im Jahr 1933 ins Exil gezwungen, wandten sich Frölich und Wolfstein zusammen über Belgien und die Tschechoslowakei zunächst nach Frankreich. Zwischen 1939 und 1941 als feindliche Ausländer interniert, gelang ihnen anschließend die Weiterreise in die USA. Nach Deutschland kehrte das Paar erst im Dezember 1950 zurück. Dort gehörten beide bis zu ihrem Tod wieder der SPD an.

Altieri postuliert, Frölich und Wolfstein hätten, wenn sie denn im Jahr 1914 schon Mitglieder des Reichstags gewesen wären, beide zu denjenigen in der SPD-Fraktion gehört, die gegen die Kriegskredite stimmten. Der Autor verweist dazu etwa auf einen von Wolfstein gemeinsam mit Duisburger Genossen im Juni 1915 unterzeichneten Protestbrief an den Parteivorstand. Ob dies wirklich so gewesen wäre, muss Spekulation bleiben. Völlig zwangsläufig erscheint das von Altieri vermutete Verhalten nicht, da es die im August 1914 offensichtlich noch über alle Strömungen der Partei hinweg bestehende Disziplinvorstellung außer Acht lässt. Gegen Altieris Gedankenspiel ist zudem einzuwenden, dass es bei der ersten Abstimmung über die Kriegskredite im Plenum des Reichstags keine abweichend abstimmenden Abgeordneten gab, die als Beispiel für das Verhalten anderer ›Linker‹ in der Partei hätten dienen können.

Etwas unglücklich ist auch die Einführung von Paul Levi in den Text. Hier mag es eine Rolle gespielt haben, dass Frölich Levi außerordentlich kritisch, wenn nicht feindselig gegenüberstand. Für Frölich sei das Verhältnis erledigt gewesen, als er mit Levi bei einem Gang durch Berlin auf einen revolutionären Matrosen getroffen sei, den Levi »wohl recht herablassend behandelte« (S. 174). Als Levi dann im Anschluss angeblich vor einem Schaufenster stehen blieb und sich für ein Stück Seidenstoff begeisterte, sei das Maß voll gewesen. Hier scheint der Autor Frölichs subjektiver Einschätzung zu folgen, ohne zu erwähnen, dass Levi als Wahlkreisabgeordneter bis zu seinem frühen Tod 1930 große Popularität unter seinen proletarischen Wählerinnen und Wählern besaß. Später zitiert Altieri ergänzend aus Frölichs Erinnerungen, in denen dieser schreibt, von Levi habe man sich wie Luft behandelt gefühlt. Rosi Wolfstein scheint hier differenzierter gewesen zu sein. So schrieb sie später in einem Brief, der Ausschluss Levis aus der KPD sei ein großer Fehler gewesen, und ordnet sich selbst dem Lager zu, das sich für Levi eingesetzt habe. Noch härter ist das Urteil des Autors über Herbert Wehner, den er als Zuträger des sowjetischen Geheimdienstes bezeichnet, der sich in einigen Fällen durch Denunziationen des Mordes mitschuldig gemacht habe. Die durchaus komplexe Rolle Wehners im Moskauer und später im schwedischen Exil wird damit einseitig und ohne Hinweis auf andere Einordnungen in der Forschung dargestellt.¹

Wolfsteins Verhältnis zur Nachkriegs-SPD beschreibt Altieri als vorsichtig und eher distanziert, so habe sie wegen ihrer Gegnerschaft zum Godesberger Programm von 1959 und insgesamt zum politischen Kurs der Partei in den frühen 1960er-Jahren eigentlich mit ihrem Ausschluss gerechnet. Dies ist aus ihrer persönlichen Sicht plausibel. Andererseits wurde Wolfstein von der Frankfurter SPD durchaus gewürdigt, was sich etwa daran zeigt, dass 1987 mit Holger Börner immerhin ein früherer hessischer Ministerpräsident die Trauerrede am Grab Wolfsteins hielt. Und bei einer Trauerfeier Anfang 1988 sprach mit Willy Brandt ein alter politischer Freund Wolfsteins. Brandt schloss seine Rede laut seiner überlieferten Notizen mit den Sätzen »Wenn wir uns an R(osi) W(olfstein) erinnern, sollten wir dieses Luxemb(urgische) Erbe immer wach(zu)halten suchen + (uns) gleichzeitig klarmachen, wieviel ärmer D(eutsch)l(an)d + die deutsche A(rbeiter)B(ewegung) dadurch geworden sind, dass die Nazis uns durch die Vernichtung fast ganz

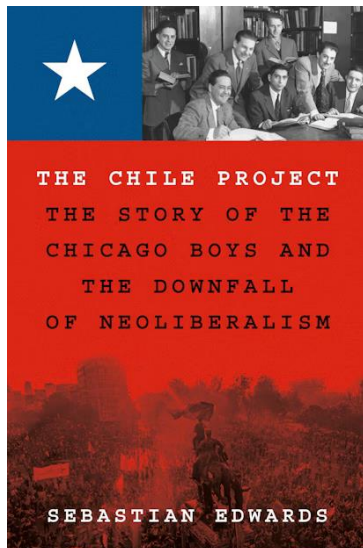
¹ Vgl. *Christoph Meyer*, Herbert Wehner. Biographie, München 2006.

um den Nachwuchs von Soz(ialisten) jüd(ischer) Herkunft brachten. Ich sage dies in großer Hochachtung vor einer verdienten Soz(ialistin), Soz(ial)dem(okratin) sehr eig(ener) Prägung: Rose W(olfstein)-Fr(ölich).« (zit. nach S. 473)

Riccardo Altieri ist ein gut geschriebenes Buch gelungen. Das Modell der Doppelbiografie ist anspruchsvoll, aber ohne große Schnörkel umgesetzt. Anhand der Lebenswege von Wolfstein und Frölich lassen sich die politisch-organisatorischen Suchbewegungen von Linkssozialisten über die gesamte erste Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehen. Ein inhaltlicher Orientierungspunkt für beide Protagonisten blieb dabei über die ganze Zeit Rosa Luxemburg. So arbeiteten Frölich und Wolfstein in den 1920er-Jahren gemeinsam für die KPD an der Herausgabe von Luxemburgs Gesammelten Werken – eine Arbeit, die durch ihre innerparteiliche Isolation immer schwieriger wurde. Im französischen Exil schrieb Frölich zudem intensiv an einer Biografie Luxemburgs. Am Verhalten beider wird eine politische Linie deutlich, die letztlich nicht bereit war, demokratische Organisationsformen gegen die Chance auf eine Umwälzung der Wirtschaftsordnung auszuspielen. Dies, verbunden mit dem Anspruch, Politik doch auch mit Blick auf gesellschaftliche Verhältnisse und mögliche Bündnisse zu entwickeln, brachte sie in Konflikt mit der sich bolschewisierenden KPD. Im Vergleich zu manchen anderen Weggefährten erfolgte der Schritt zurück in die Bundesrepublik zwar recht spät, erscheint aber dennoch konsequent. Das Festhalten am Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaftsordnung führte Wolfstein freilich später in der Nachkriegs-SPD erneut an den Rand.

Zitierempfehlung

Thilo Scholle, Rezension zu: Riccardo Altieri, »Antifaschisten, das waren wir...«. Rosi Wolfstein und Paul Frölich. Eine Doppelbiografie, Büchner-Verlag, Marburg 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/81999.pdf>> [17.6.2024].



SEBASTIAN EDWARDS

The Chile Project.
The Story of the Chicago Boys and the Downfall of
Neoliberalism

Princeton University Press | Princeton, NJ, 2023
376 Seiten, Hardcover | \$ 32,00
ISBN 978-0-691-20862-6

rezensiert von

STEFAN RINKE, Freie Universität Berlin

Der Autor des vorliegenden Buches, Sebastian Edwards, lehrt Betriebswirtschaft an der University of California in Los Angeles (UCLA). Er war zuvor Chefökonom der Weltbank für die Region Lateinamerika und stammt ursprünglich aus Chile. Diesen Hintergrund muss man kennen, wenn man das zu besprechende Buch einordnen will. Der Untertitel ist durchaus überraschend, geht es doch nicht wie sonst üblich um den Aufstieg des Neoliberalismus unter dem Einfluss der Chicago Boys – jener Gruppe von Ökonomen, die an der University of Chicago von Professoren wie Milton Friedman und Arnold Harberger (seit 1984 ebenfalls an der UCLA – ihm ist nebst anderen das Buch gewidmet) ausgebildet wurde und die in den 1970er- und 1980er-Jahren maßgeblichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der chilenischen Militärdiktatur hatten – sondern um dessen Untergang.

Schon die ersten Seiten des Buches machen klar, wo Edwards steht. In wenigen Absätzen präsentiert er die Wirtschaftspolitik der Chicago Boys als Erfolgsgeschichte: »In less than two decades the Chicago Boys had created a modern capitalist economy [...]« (S. 2), auch wenn er einräumt, dass diese Politik durch eine brutale Diktatur umgesetzt wurde. Wie er dazu kommt, den Boys eine Stärkung des Rechtsstaats zuzuschreiben, bleibt sein Geheimnis. Allerdings, so betont Edwards, setzten nach Ende der Militärherrschaft die demokratischen Regierungen in Chile die Wirtschaftspolitik der Chicago Boys fort. Seiner Meinung nach waren die Chicago Boys daher kein Diktaturphänomen. Laut Edwards wurde Chile aufgrund dieser Politik zum mit Abstand wohlhabendsten Staat in Lateinamerika und im Jahr 2010 auch OECD-Mitglied. Die Kehrseite dieses Erfolgs ist jedoch – das muss Edwards zugeben – eine zunehmend ungleiche Verteilung des Wohlstands.

2019 explodierte die Unzufriedenheit über diesen Zustand in einem sozialen Aufstand, der die Grundfesten des Landes erschütterte und in einen Verfassungskonvent mündete, dessen neuer Verfassungsentwurf allerdings bei einem anschließenden Referendum keine Mehrheit fand. Die zentrale Forderung des Aufstands war das Ende des Neoliberalismus und einer Wirtschaftspolitik nach dem Muster der Chicago Boys. Edwards hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Santiago auf,

mischte sich unter die Protestierenden und – oh Graus – ruinierte sich seine »fancy clothes« (S. 9). Der Schock jener Erlebnisse motivierte ihn zu diesem Buch, denn er machte ihm klar, dass mit dem neoliberalen Modell trotz der offensichtlichen makroökonomischen Erfolge etwas nicht stimmte, obwohl es Chile im Durchschnitt doch viel besser ging als dem Rest Lateinamerikas. Die Ungleichheit und das Gefühl von fehlender Anerkennung und Demütigung in weiten Teilen der Bevölkerung hatten die sozialen Proteste befeuert.

Das Thema der Chicago Boys ist in der Forschung bereits ausgiebig bearbeitet. Es liegt eine Fülle von Studien vor, die Edwards zum Teil auch kennt.¹ Was also soll sein Beitrag sein? Er will die Unterschiede zwischen neoliberalen Hardlinern wie Friedman und pragmatischen Neoliberalen wie Harberger herausarbeiten und den Einfluss ihrer jeweiligen Schulen auf Chile vermessen. Interessant ist, dass die Chicago Boys, die er dafür interviewt, den Begriff »neoliberal« weit von sich weisen und stattdessen das Ziel einer sozialen Marktwirtschaft für sich reklamieren. Außerdem will er herausfinden, wie es dazu kommen konnte, dass sich eine große Mehrheit der chilenischen Bevölkerung zuletzt für eine Abkehr vom neoliberalen Modell aussprach.

Edwards gliedert sein Buch chronologisch in drei Teile, wobei er keine Überraschungen bietet. Die Frühphase setzt er von den Anfängen des Chile-Projekts in den 1950er-Jahren bis zum Sturz der Allende-Regierung 1973 an. Hier erzählt der Autor die bekannte Geschichte vom Plan des Aufbaus einer Wirtschaftsfakultät nach US-Vorbild an der Universidad Católica de Chile. Das liest sich bei ihm im Wesentlichen wie eine Heldengeschichte, in der die jungen Chilenen von ihren US-amerikanischen Lehrern praktisch alles lernten, was eine moderne Wirtschaftsfakultät ausmachte, und dieses Wissen dann erfolgreich in Chile institutionalisierten. Laut Edwards waren sie in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre so etwas wie die jungen Wilden in einer ansonsten unterentwickelten Wissenslandschaft, die von planwirtschaftlichen Ideen bestimmt war. Nach Meinung des Autors betrieben die Chicago Boys in dieser Phase einen »Krieg der Ideen« im Sinne ihrer neuen ökonomischen Lehre aus den Vereinigten Staaten, der aber unter der Präsidentschaft des Sozialisten Allende aussichtslos war.

Nach dem Militärputsch wendete sich das Blatt. Die Chicago Boys kamen – schrittweise, nicht sofort – an die Schaltstellen der Macht. Im Gegensatz zu einigen anderen Stimmen in der Forschungsliteratur betont Edwards, dass der Besuch von Milton Friedman in Chile 1975 wegweisend für den Aufstieg der Chicago Boys gewesen sei. Folgt man Edwards, dann ging den chilenischen Generälen erst durch Friedman ein Licht auf, wie sie ihre Wirtschaftspolitik zu gestalten hatten, wenngleich Edwards auch behauptet, dass sich der Kopf der Gruppe, Sergio de Castro, dem Befehl der Militärs bereits vor dem Putsch nicht hatte entziehen können. Weiter im Heldenepos: »Fast jeder wäre angesichts der anstehenden Aufgabe eingeschüchtert gewesen aber nicht de Castro.« (S. 74) Und natürlich war der berühmte Chef des chilenischen Sicherheitsdiensts DINA, Manuel Contreras, einer der »mächtigsten Feinde« (S. 107) der Chicago Boys.

Im dritten Teil geht es um die Fortdauer der neoliberalen Wirtschaftspolitik im demokratischen Chile vom Ende der Militärdiktatur 1988 bis zur Wahl des linksgerichteten Gabriel Boric zum Präsidenten im Jahr 2022. Edwards benutzt für diesen Zeitraum den Begriff des »inklusive Neoliberalismus« und meint damit die flankierenden Maßnahmen der Regierungen zur Armutsbekämpfung und zum sozialen Ausgleich. Dass diese Maßnahmen zu kurz griffen, weil sie das Grundübel der chilenischen Gesellschaft, nämlich die fehlenden Möglichkeiten zu sozialer Mobilität, nicht beseitigt haben, räumt er ein. Doch ist es, wie sollte es anders sein, wiederum der Pate der Chicago Boys, sein enger Freund »Al« Harberger, der auf dieses Problem hinweist, als es darum geht, die sozialen Proteste von 2019 einzuordnen. Nun könnte man meinen, es brauche keinen US-amerikanischen Ökonomen, um das zu erkennen, doch das würde Edwards' Heldenepos Abbruch tun, denn mit Harberger ist er überzeugt, dass die neoliberale Politik dennoch richtig war und ist. Den Chicago Boys und ihren Nachfolgern, die die von ihnen

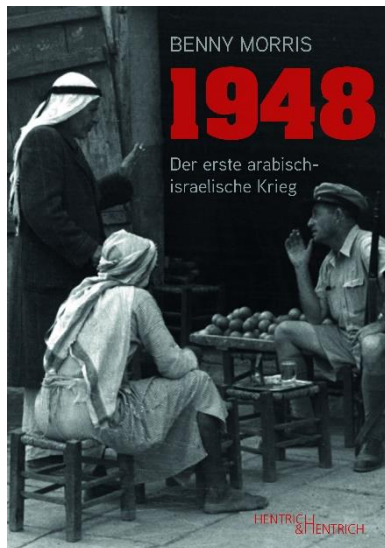
¹ Vgl. etwa *Juan Gabriel Valdés*, *Pinochet's Economists. The Chicago Boys in Chile*, Cambridge 1995; nicht rezipiert werden dagegen: *Patricio Silva*, *In the Name of Reason. Technocrats and Politics in Chile*, University Park, Pa., 2008; sowie *Manuel Gárate*, *La revolución capitalista de Chile, 1973-2003*, Santiago 2012.

konzipierte Politik fortsetzten, ging es nämlich nicht um eine ausgewogenere Verteilung der Einkommen, sondern lediglich um die Bekämpfung der größten Armut. Der Aufstieg in die untere Mittelschicht war jedoch, wo er erfolgte, in den meisten Fällen prekär, wie Edwards richtig erkennt. Die Angst vor dem Wiederabstieg aus der Mittelschicht war eine zentrale Triebfeder für die Proteste von 2019.

Zweifellos hat Edwards seine Hausaufgaben gemacht. Er kennt die meisten Personen, über die er schreibt persönlich und hat die Möglichkeit mit ihnen zu sprechen weidlich genutzt. Auch Kritiker der Chicago Boys wie etwa Aníbal Pinto hat er interviewt, doch bleibt die Wiedergabe von deren Meinung blass und lässt die Gesprächspartner in einem schlechten Licht erscheinen. Die Boys sind die jugendlichen Draufgänger mit dem typischen US-amerikanischen Optimismus und haben immer ein Lächeln auf den Lippen. Die Kritiker sind die verstaubten Dogmatiker. Besonders ausgewogen ist das alles nicht. In der umfassenden Literatur zur Geschichte der Chicago Boys ist dies nur ein weiterer Beitrag, der wenig Neues zu bieten hat. Da gibt es, wie gesagt, gehaltvollere Beiträge zum Thema. Interessant wird es dennoch, je mehr der Autor sich der Gegenwart nähert. Seine abgewogene Diskussion der Faktoren, die zum Ausbruch der sozialen Proteste von 2019 geführt haben, ist durchaus lesenswert.

Zitierempfehlung

Stefan Rinke, Rezension zu: Sebastian Edwards, The Chile Project. The Story of the Chicago Boys and the Downfall of Neoliberalism, Princeton University Press, Princeton, NJ, 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82000.pdf>> [17.6.2024].



BENNY MORRIS

1948.

Der erste arabisch-israelische Krieg

Hentrich & Hentrich | Berlin/Leipzig 2023
646 Seiten, Klappenbroschur | 32,00 €
ISBN 978-3-95565-609-6

rezensiert von

ALBAN SHARKEY, Universität Leipzig

Der erste arabisch-israelische Krieg von 1948 ist auch in der Geschichtsschreibung ein äußerst kontroverses Thema. Auf der einen Seite gibt es zwei gegensätzliche nationale Narrative, die beide gelegentlich religiös gefärbt sind. Auf der anderen Seite stehen sich aber auch innerhalb der jeweiligen nationalen Gemeinschaften verschiedene politische und theoretische Parteien gegenüber. Dementsprechend soll das bereits 2008 auf Englisch erschienene Buch¹ von Benny Morris, das jetzt unter dem Titel »1948: Der erste arabisch-israelische Krieg« auch in deutscher Übersetzung vorliegt, als Teil einer andauernden Debatte gesehen werden, in der Fragen des Verhältnisses von Geschichtsschreibung und Politik intensiv debattiert werden. Weil es dabei um Frieden und Krieg, Wahrheit und Mythos, Verantwortung und Rechtfertigung geht, führt jeder spezifische geschichtstheoretische Ansatz große Konsequenzen mit sich.

Das ganze Buch hindurch bemüht sich Morris um eine objektive und faktenbasierte Betrachtung aller Kontroversen rund um den Krieg von 1948. Dabei analysiert er zuerst dessen Vorgeschichte von 1881 bis 1947 einschließlich des arabischen Aufstands (1936–1939) und des United Nations Special Committee on Palestine (UNSCOP), blickt anschließend auf die sich gegenseitig verstärkenden Nationalbewegungen, beschreibt den Weg zum ersten Teilungsplan der UN-Generalversammlung von September 1947, die zweigeteilte Bürgerkriegsphase 1947/48, die panarabische Invasion ab Mitte Mai 1948, das Scheitern der UN-Vermittlung im Sommer 1948, die israelischen Operationen der zweiten Jahreshälfte 1948 und schließlich die bilateralen Waffenstillstandsabkommen Anfang 1949, die bekanntlich die nachfolgenden Kriege nicht verhindern konnten. Das Buch endet mit einer Übersicht jener Probleme, die quer durch die ganze Studie behandelt werden: die Rolle der Ablehnung der UN-Resolution 181 durch die arabischen Entscheidungsträger als unmittelbarer Auslöser des Krieges, die militärischen und organisatorischen Gründe des israelischen Siegs, die Rolle der internationalen Gemeinschaft, die Tötungen und Vergewaltigungen von Zivilisten mehrheitlich durch die Haganah und die Israeli Defence Force (IDF), die kollektiven Vertreibungen der arabischen Bevölkerung, aus der die

¹ Benny Morris, 1948. A History of the First Arab-Israeli War, New Haven/London 2008.

andauernde palästinensische Flüchtlingskrise resultierte. Abschließend gibt Morris auch einen Überblick über die kollektiven Vertreibungen der jüdischen Einwohner aus der arabischen Welt bis in die 1970er-Jahre und geht auf die sozialen und militärischen Umwälzungen ein, die die arabische Welt seit dem Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges geprägt haben.

Das Buch fügt sich in eine andauernde Debatte innerhalb der israelischen akademischen und politischen Szene ein, deren Rahmen die Schule der »New Historians« bildet – ein Begriff, der erstmal 1988 von Benny Morris selbst verwendet wurde. Der akademische Anstoß für die Erneuerung der israelischen Staatsgeschichte war damals die Öffnung der 30 Jahre lang geheimen Regierungsarchive für den Zeitraum von 1947 bis 1956, die auch Israels militärische und administrative Aufzeichnungen aus der Zeit des ersten arabisch-israelischen Krieges enthielten. Der Krieg von 1948 stand von Anfang an im Zentrum der Forschungen der New Historians. Denn dieser Krieg war sowohl der Anlass für die Gründung Israels überhaupt als auch die Quelle eines grundlegenden und die kollektive Erinnerung in Israel bis in die 1980er-Jahre prägenden nationalen Mythos von der »Unschuld der [israelischen] Waffen«. Die von den New Historians ans Licht gebrachten Militärdokumente zeigten jedoch ein völlig anderes Bild, bei dem die empirisch belegten Vergewaltigungen, Plünderungen, Vertreibungen und Massaker an palästinensischen Zivilisten für die Schuld der Waffen sprechen. Die Infragestellung des nationalen Mythos durch die New Historians war somit zugleich eine grundlegende Kritik sowohl des israelischen Staates als auch der Basis der kollektiven Erinnerung in der israelischen Gesellschaft.

In dieser Debattenlandschaft ist Benny Morris wiederum eine einzigartige Figur, auch wenn er auf den ersten Blick die Grundannahmen der New Historians zu teilen scheint. Sein Buch »The Birth of the Palestinian Refugee Problem (1947–1949)« war 1987 die erste systematische und archivgestützte Studie der kollektiven Vertreibungen palästinensischer Zivilbevölkerung durch israelische Streitkräfte im Jahr 1948. Nach der Öffnung weitere Archivbestände von IDF und Haganah 1998, die das Ausmaß der kollektiven Vertreibungen und Massaker erneut verdeutlichten, aktualisierte Morris sein Buch 2004 in einer zweiten Auflage.² Morris scheut sich also offensichtlich nicht, gegen den nationalen Mythos der »Unschuld der Waffen« anzugehen. Dies zeigt sich auch im vorliegenden Buch, in dem er lakonisch die sowohl von IDF-Einheiten als auch von arabischen Streitkräften begangenen Gräueltaten auflistet.

Der zentrale Unterschied zwischen Morris und anderen New Historians wie Ilan Pappé, Avi Shlaim und Simha Flapan besteht in der Interpretation der präsentierten Fakten. Die Arbeit der anderen New Historians ist im Wesentlichen staatskritisch. Für Pappé war die Entdeckung der Vertreibungen und Massaker durch die IDF ein Grund, den israelischen Staat einer ethnischen Säuberung zu beschuldigen.³ Morris hingegen weicht einer radikalen Staatskritik aus, sowohl auf rechtshistorischer als auch auf sozial- und kulturgeschichtlicher Ebene. Auf der rechtshistorischen Ebene betont er vor allem das Fehlen einer klaren Verbindung zwischen den offiziellen Befehlen der israelischen Militärführung und den tatsächlichen Kriegsverbrechen der IDF-Einheiten. Gäbe es eine solche Verbindung, würden die Gräueltaten als Umsetzung eines Masterplans erscheinen, was ein wesentlicher Bestandteil der Definition eines Kriegsverbrechens in Artikel 8, Absatz 1, des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs von 2002 ist. Auf sozial- und kulturgeschichtlicher Ebene streicht Morris die fragmentierte Verantwortung für die Zunahme der Gewalt heraus, in der die Kriegsbereitschaft der arabischen Akteure und die gewaltsame Antwort Israels sich gegenseitig bedingten und verstärkten. Während die anderen New Historians in erster Linie auf eine innere Kritik des israelischen abzielen, scheint Morris' Ziel woanders zu liegen, nämlich in einer desillusionierten Kritik am Menschen selbst, als dessen letzter Retter sich der Staat entpuppt. Laut Morris war der Grund, warum die IDF-Einheiten »weitaus mehr Gräueltaten als die Araber« begingen, dass der Kriegsverlauf den arabischen Streitkräften einfach weniger Gelegenheiten dazu bot. Nachweis dafür sei die deutlich blutigere und oft antisemitische Rhetorik in jordanischen, syrischen, irakischen und ägyptischen Regierungskreisen und Medien, welche ihre Absichten im Fall eines arabischen Siegs ahnen

² Ders., *The birth of the Palestinian refugee problem, 1947-1949*, Cambridge 1987; ders., *The birth of the Palestinian refugee problem revisited*, Cambridge 2004.

³ Ilan Pappé, *The ethnic cleansing of Palestine*, Oxford 2006.

lassen. Es ist also kein Zufall, dass das Buch mit dem Gedicht »David« von Marie Syrkin beginnt, das den Leser auffordert, sich Davids Niederlage vorzustellen. Die implizite Frage lautet: Was wäre geschehen, wenn der Jischuv den Krieg verloren hätte? Die Antwort ist ebenso implizit: Massaker, Massenvertreibungen und das endgültige Verschwinden der jüdischen Bevölkerung in Palästina. Zerstören oder zerstört werden, so lautet die Schlussfolgerung des Buches – ein Gefangenendilemma.

Zweifelsohne besteht der Hauptanspruch dieses Buchs darin, ein realistisches und unparteiisches Bild des ersten arabisch-israelischen Kriegs zu vermitteln. Dieser Anspruch auf Objektivität lässt das Buch aber mitunter wie eine reine Sammlung historischer Fakten erscheinen. Das ist sowohl die größte Stärke als auch die größte Schwäche des Buches. Eine Stärke insofern, als es das Bedürfnis nach sachlicher Information über einen weltweit umstrittenen Konflikt befriedigt. Eine Schwäche, weil es Aufgabe des Historikers zur Sinnstiftung durch Interpretation vernachlässigt und verschleiert. Bei allem Objektivitätsanspruch lässt sich Geschichtsschreibung aus mindestens zwei Gründen niemals auf eine einfache Sammlung von Fakten reduzieren. Erstens werden die Fakten und ihre Quellen zwangsläufig nach sprachlichen und kategorialen Gesichtspunkten ausgewählt. Morris ist dafür bekannt, dass er nur hebräische und englischsprachige Schriftquellen verwendet. Die palästinensischen Zivilisten bleiben in diesem Buch daher weitgehend stumm. Ihre Stimme kann allerhöchstens in den Erzählungen anderer, oft israelischer Soldaten, erahnt werden. Es wird daher empfohlen, das Buch »Nakba« von Ahmad H. Sa'di und Lila Abu Lughod als Ergänzung zu lesen.⁴ Zweitens beinhaltet die Geschichtsschreibung unvermeidlich immer auch die Interpretation der präsentierten Fakten, aber in diesem Buch bleibt sie zweideutig. Es scheint, als ob Morris' Hauptanspruch darin besteht, die jeweiligen nationalen Mythen negativ zu konterkarieren. Die Studie sagt: dies und jenes ist falsch, dies und jenes ist ein Mythos. Welche positive historische Interpretation daraus folgt, bleibt unklar. Die über mehrere Seiten gehende Aufzählung der Waffen auf beiden Seiten ist zwar Ausdruck der enzyklopädischen Absicht des Autors. Ebenso ist die stichpunktartige Abhandlung der Massaker, Plünderungen, Vertreibungen und Vergewaltigungen durch die IDF-Streitkräfte sicherlich Ausdruck einer mehr oder weniger unvoreingenommenen Sichtweise auf die einfachsten Fakten des Krieges. Dies scheint jedoch zu einer impliziten Rechtfertigung staatlicher Gewalt zu führen, die die Gräueltaten des Krieges als unerwünschte Begleiterscheinungen der Selbstverteidigung erscheinen lässt. »Der Krieg setzt Moralität aus«, schrieb Emmanuel Lévinas 1961.⁵ Morris' Buch scheint diesen Eindruck an vielen Stellen zu bestätigen. Doch wer immer noch glauben will, dass der Krieg überhaupt überwunden werden kann, findet in diesem Buch weder Hoffnung noch Erkenntnis. Und wie so oft nach der Lektüre eines wissenschaftlichen Werks, das sich durch eine Fülle von Fakten auszeichnet, lässt das Buch die Leser am Ende mit vielen offenen Fragen zurück.

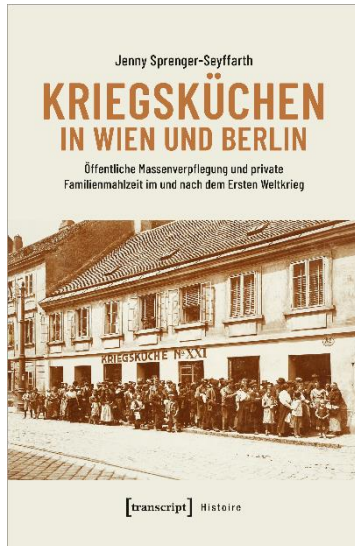
Wie ehrlich es Morris mit seinem Objektivitätsanspruch auch sein mag, er verschleiert letztlich nur die Position des Historikers, kann ihn aber nicht von der Last der Erzählerposition befreien. Solange Geschichte von Menschen geschrieben wird und nicht von einer künstlichen Intelligenz, wird sie die Schwächen des Menschseins enthalten: Hoffnung, Faszination und Angst. Und solange Geschichte von Menschen und nicht von Maschinen gelesen wird, wird sie nach ihrer Menschlichkeit beurteilt und bewertet werden. Morris' Studie zeichnet sich durch ihre Fülle an Fakten aus. Dass diese Fakten nützlich und wichtig sind, wird hier nicht bestritten. Doch sind sie für sich genommen ausreichend? Wohl kaum.

Zitierempfehlung

Alban Sharkey, Rezension zu: Benny Morris, 1948. Der erste arabisch-israelische Krieg, Hentrich & Hentrich, Berlin/Leipzig 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82001.pdf>> [17.6.2024].

⁴ Ahmad H. Sa'di/Lila Abu-Lughod, Nakba. Palestine, 1948, and the claims of memory, New York 2007.

⁵ Zit. nach Emmanuel Lévinas, Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität, Freiburg/München 2014 (zuerst frz. 1961).



JENNY SPRENGER-SEYFFARTH

Kriegsküchen in Wien und Berlin.
Öffentliche Massenverpflegung und private
Familienmahlzeit im und nach dem Ersten Weltkrieg
(Histoire, Bd. 208)

transcript | Bielefeld 2023
576 Seiten, gebunden | 59,00 €
ISBN 978-3-8376-6724-0

rezensiert von

SEBASTIAN MERKEL, Stadtarchiv Buxtehude

Im Zuge der 100. Jährung des Ersten Weltkriegs erschienen zwischen 2014 und 2018 zahlreiche Publikationen zu diversen Aspekten jener weltgeschichtlichen Zäsur. Zwar wurde der Erste Weltkrieg auch zuvor schon vielfach beforscht. Nichtsdestotrotz bestehen nach wie vor in einigen Bereichen größere Forschungslücken, so etwa hinsichtlich der städtisch organisierten Lebensmittelversorgung an der »Heimatfront«. In ihrer umfangreichen Dissertation widmet sich nun Jenny Sprenger-Seyffarth dieser Thematik in vergleichender Perspektive für Wien und Berlin.

Laut Sprenger-Seyffarth bietet sich ein Vergleich zwischen den beiden Hauptstädten an, da beide zugleich kulturelle Zentren darstellten, eine ähnliche Bevölkerungszahl und Bevölkerungsstruktur aufwiesen, wichtige Standorte der Kriegsindustrie waren und auch hinsichtlich der Kriegsfürsorge Parallelen aufwiesen. Zugleich verfolgten die Stadtverwaltungen beider Orte ab Sommer 1916 unterschiedliche Ansätze, um die Lebensmittelversorgung der notleidenden Massen zu organisieren. Neben ergänzender Fachliteratur greift die Autorin in ihrer Studie auf Aktenbestände des Berliner Magistrats und des Wiener Gemeinderats sowie auf Denkschriften und Tätigkeitsberichte verschiedener involvierter Vereine und Organisationen zurück. Für die Donaumonarchie war darüber hinaus die Auswertung von Tageszeitungen besonders relevant, da in diesen sehr viel ausführlicher als in den deutschen Pendants über die Frage der Lebensmittelversorgung berichtet wurde.

Das »Hauptanliegen« ihrer Studie sieht die Autorin entsprechend »darin, die gegensätzliche Entwicklung der Berliner und Wiener Massenverpflegung zu erklären und mit Blick auf einen Wandel der Ernährungsgewohnheiten einzuordnen« (S.12). Dazu richtet sie den Fokus ihrer Untersuchung auf drei Bereiche: Erstens auf Vereine und insbesondere Frauenhilfsorganisationen, die die kommunal organisierten Verpflegungssysteme unterstützen; zweitens auf die Adressat:innen der Hilfe - also Personen aus Proletariat und Mittelstand - sowie drittens auf soziale und politische Entwicklungen der frühen Nachkriegsjahre, die besonders von sozialdemokratischer Seite geprägt wurden.

Hinsichtlich des ersten und des zweiten Schwerpunkts bescheinigt Sprenger-Seyffarth sowohl der Wiener als auch Berliner Stadtverwaltung einen äußerst wichtigen Beitrag zum Überleben vieler Personen geleistet zu haben, wobei hieran auch philanthropische Vereine und Frauenorganisationen einen essentiellen Anteil hatten. Schließlich trugen vor allem Letztere maßgeblich zur praktischen Umsetzung der Massenspeisungen sowie zur Akzeptanz der Kriegsküchen zumindest bei Teilen der notleidenden Bevölkerung bei. Grundsätzlich ist jedoch festzustellen, dass sich die Kriegsküchen nicht zu einem Erfolgsmodell entwickelten. Denn laut der Autorin war »die Bevölkerung [bestrebt,] ihr Leben so gewohnt wie möglich fortzusetzen und an der den sozialen Status repräsentierenden privaten Tischgemeinschaft festzuhalten«, und dies gerade, »weil die Ernährung zu einem Bereich des täglichen Lebens gehörte, der vielerorts noch relativ lange die Aufrechterhaltung alter Gewohnheiten ermöglichte« (S. 498).

So gelang es weder in Berlin noch in Wien, die jeweiligen Stadtbevölkerungen mehrheitlich für den regelmäßigen Besuch der Gemeinschaftsküchen zu gewinnen. Für die österreichische Hauptstadt ermittelte die Autorin aber eine durchaus größere Akzeptanz der öffentlichen Massenverpflegung. Dies erklärt sie mit einem entschlosseneren Handeln seitens der Stadtverwaltung und einem insgesamt flexibleren Netzwerk an Massenspeiseeinrichtungen, das in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen privaten Speiseanbietern (also Frauenorganisationen und wohltätigen Vereinen) den Bedürfnissen der jeweiligen Adressat:innen besser angepasst werden konnte. Im Unterschied zu Berlin kam es in Wien außerdem nicht im Verlauf des Krieges zu einer Umorganisation der Massenspeisung, sodass die Wiener Stadtbevölkerung sich über die Kriegsjahre hinweg an die öffentlichen Versorgungsangebote gewöhnen konnte. In der deutschen Hauptstadt dagegen betrachtete die Stadtverwaltung die Massenverpflegung ab Sommer 1916 nicht länger als eine Aufgabe, die es gemeinsam mit privaten Speiseanbietern zu bewältigen galt. Kurzfristig wurde ein neues Speisungssystem aufgebaut, ohne dabei Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der proletarischen und mittelständischen Adressat:innen zu nehmen. Die Absicht dahinter war, »eine gerechte und gleichmäßige Versorgung« unabhängig von Klassenunterschieden zu erreichen. Jedoch überlagerten auch in den Kriegsjahren die wahrgenommenen Klassenunterschiede dermaßen die individuelle wirtschaftliche Not, dass für die meisten Berliner:innen der Besuch von Kriegsküchen nur in Frage kam, wenn sie »beim Besuch der Einrichtungen ihre soziale Identität gewahrt sahen« (S. 489). Die starke Frequentierung von Mittelstandsküchen, die von Wohltätigkeitsorganisationen neben den städtischen Kriegsküchen weiter betrieben wurden, durch Bürgerliche zeugte hiervon.

Wie Sprenger-Seyffarth herausarbeitet, blieb die öffentliche Massenverpflegung aufgrund der wirtschaftlich anhaltend schwierigen Verhältnisse sowie aufgrund der neuen, von der Sozialdemokratie dominierten Politik in beiden Metropolen auch in den Nachkriegsjahren bestehen – wobei die Akzeptanz in Wien nach wie vor deutlich größer war. Die sozialdemokratischen Parteien erkannten in der öffentlichen Massenspeisung ein Mittel, die eigene Politik umzusetzen. In dem Konzept der Gemeinschaftsküche sahen sie eine Möglichkeit der Entlastung nicht allein von proletarischen Haushalten, sondern explizit auch von werktätigen Frauen in ihrer Doppelbelastung durch Lohnarbeit und familiäre Reproduktionsarbeit. In Berlin wurden die reformistischen Absichten der Sozialdemokratie jedoch auf Verwaltungsebene durch bürgerlich-konservative Beamte unterlaufen und auch die sich rasch wieder ändernden politischen Machtverhältnisse auf Republikebene führten letztlich dazu, dass die »Volksspeisung [...] ein unbeliebtes Relikt der Kriegszeit [blieb], das ausschließlich von mittellosen Bewohnern der Stadt in Anspruch genommen wurde« (S. 492).

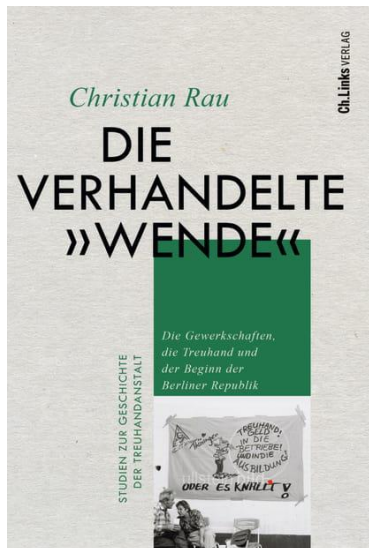
In Wien gelang es hingegen, die Massenspeisung erfolgreicher neu zu organisieren. Mit der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft (WÖK) wurde gar eine Institution geschaffen, die mehr als fünf Jahrzehnte lang Bedürftigen als Anlaufstelle diente. Die Gründe für das Gelingen sieht die Autorin unter anderem in der in Wien erheblich länger andauernden politischen Dominanz der Sozialdemokratie sowie in einem Imagewandel der Gemeinschaftsküche, der sowohl durch US-amerikanische Hilfslieferungen als auch durch die finanzielle Absicherung der städtischen Aufwendungen durch den österreichischen Zentralstaat befördert wurde. Nichtsdestotrotz wurde das Konzept der Gemeinschaftsverpflegung auch in Wien nur von einer

Minderheit der Gesamtbevölkerung in Anspruch genommen. Die Essensgewohnheiten der Bevölkerung hatten sich demnach auch langfristig nicht grundlegend verändert.

Jenny Sprenger-Seyffarths Studie stellt eine große Bereicherung für die Kulturgeschichte des Ersten Weltkriegs und insbesondere für die Konsumgeschichte- und die kommunale Verwaltungsgeschichte an der Wiener bzw. Berliner »Heimatfront« dar. Stets quellengesättigt weiß die Autorin nachvollziehbar und überzeugend zu argumentieren. Ein ausführlicheres Inhaltsverzeichnis, das auch die Unterkapitel auflistet, sowie ein Orts- und Sachregister wären jedoch dringend ratsam gewesen. Das Fehlen einer detaillierten Übersicht erschwert die Orientierung in dem mehr als 570 Seiten starken Werk erheblich. Dieses Manko wird leider auch nicht durch die Möglichkeit der Stichwortsuche in der kostenlos zugänglichen E-Book-Version auf der Internetpräsenz des Verlages gemindert.

Zitierempfehlung

Sebastian Merkel, Rezension zu: Jenny Sprenger-Seyffarth, Kriegsküchen in Wien und Berlin. Öffentliche Massenverpflegung und private Familienmahlzeit im und nach dem Ersten Weltkrieg, transcript, Bielefeld 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82002.pdf>> [18.6.2024].



CHRISTIAN RAU

Die verhandelte »Wende«.
Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der
Berliner Republik
(Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt, Bd.3)

Ch. Links Verlag | Berlin 2022
592 Seiten, Hardcover | 38,00 €
ISBN 978-3-96289-168-8

rezensiert von

JARY KOCH, Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Wer den andauernden Aufstieg der AfD in Ostdeutschland verstehen möchte, müsse auch einen Blick in die Arbeitswelt werfen, resümierte zuletzt eine soziologische Forschungsgruppe des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig ihre Studienergebnisse. Die Soziolog:innen hatten den Zusammenhang von betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten einerseits und der Offenheit von Beschäftigten gegenüber rechten Ideologien und Ressentiments andererseits untersucht. Ihre Schlussfolgerung: Die »Demokratisierung der Wirtschaft« sei »unabdingbarer Baustein«, um der »Verbreitung rechtsextremer Einstellungen vorzubeugen.« Gleichzeitig mangle es insbesondere in vielen ostdeutschen Betrieben an derlei Erfahrungen der Handlungsfähigkeit.¹

Mit Christian Raus Studie über »Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik« liegt seit 2022 eine zeithistorische Arbeit vor, auf deren Grundlage diese Problematik auch historisch erfasst werden kann. Raus Monografie entstammt den »Studien zur Geschichte der Treuhandanstalt«, dem bis dato größten Forschungsprojekt zur historischen Aufarbeitung dieser Behörde, das am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin angesiedelt ist.² Es wird mit Recht in den kommenden Jahren als Standardwerk zur Thematik gelten. Gleichwohl lädt der pointierte Titel zu Missverständnissen ein, wie ich im Anschluss an die Rekapitulation von Raus Erkenntnissen und Thesen argumentieren möchte.

Angelegt als Politik- und Kulturgeschichte, fragt Raus fast 600 Seiten starkes Werk nach der Rolle der Gewerkschaften in der Geschichte der Treuhandanstalt und andersherum. Dazu nimmt der

¹ Johannes Kiess/Alina Wesser-Saalfrank/Sophie Bose u.a., Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen, OBS-Arbeitspapier 64 (hrsg. Von der Otto-Brenner-Stiftung), Dezember 2023, hier S. 49, URL: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP64_IC_Ostdeutschland_WEB.pdf> [18.6.2024].

² Siehe URL: <<https://www.ifz-muenchen.de/publikationen/reihen/studien-zur-geschichte-der-treuhandanstalt>> [18.6.2024].

Autor die »Handlungsstrategien« der Gewerkschaften »gegenüber und in der Treuhand« sowie die »parallelen innerverbandlichen Aushandlungsprozesse« in den Blick, um anschließend die Bedeutung der kurzen Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften für die »politische Kultur der Berliner Republik insgesamt« zu diskutieren (S. 30). Mit der Wiedervereinigung, so Raus zentrale These, habe der »Tripartismus« von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und Staat als »eingesüßtes Muster der Kontingenzbewältigung« eine »unwahrscheinliche Renaissance« erlebt (S. 529). Die verbreitete Vorstellung einer Krise gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit in den 1990er-Jahren müsse daher differenziert werden, da die Gewerkschaften die Umbruchsjahre über ihre Minderheitenrolle im Verwaltungsrat der Treuhand hinaus mehr mitgestaltet hätten als bislang angenommen. Folglich spricht Rau von einer »verhandelten ›Wende««.

Diese Leitthese erläutert der Berliner Historiker in fünf Kapiteln, die von einer umfangreichen Einleitung und einer lesenswerten Bilanz gerahmt werden. Im ersten Kapitel widmet Rau sich der (Vor-)Geschichte des »Modells Deutschland«, was im Hinblick auf seine zentrale These nachvollziehbar erscheint, da die Revolution von 1989/90 auch »das feinjustierte Verhältnis von Arbeit und Kapital im Westen zur Disposition [stellte]« (S. 75). Entsprechend skizziert Rau überblicksartig die gewerkschaftlichen Diskussionen über Strukturpolitik und den Wandel der Industriegesellschaft in Westdeutschland in den 1970er- und 1980er-Jahren und stellt dazu fest, dass die Gewerkschaften zwar nicht geschwächt in die Jahre von Revolution und Transformation gingen, von jenen Umbrüchen aber kalt erwischt wurden und folglich »zunächst sprachlos« reagierten (S. 74).

Abseits des Höhenkamms der Gewerkschaftsvorstände wendet sich Rau im zweiten Kapitel dann den oftmals vernachlässigten betrieblichen Demokratisierungsprozessen von 1989/90 zu und ordnet sie, anknüpfend an eine Begriffsbildung von Annette Schuhmann, anschaulich in die Geschichte der »verbetrieblichten« Gesellschaft der DDR ein (S. 79).³ Im dritten und vierten Kapitel stellt Rau die Gewerkschaften als Partnerinnen der Treuhand vor, die mitbestimmen und mitgestalten. Beleuchtet werden die Strategien der vier Gewerkschaftsrepräsentanten im Verwaltungsrat sowie gewerkschaftliche Einflüsse auf die Sozialpolitik der Treuhand. So stellt Rau etwa dar, wie sich die IG Metall durch die Arbeit im Verwaltungsrat der pragmatischen Herangehensweise des Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik Hermann Rappe annäherte. Auch am Beispiel der Sozialplandebatten der Jahre 1990 bis 1993 kann er die bislang wenig beachteten, aber gleichwohl intensiven, Kooperationen von Treuhand und Gewerkschaften illustrieren.

Im fünften Kapitel analysiert Rau die Aushandlung einer neuen Ordnung der Sozialpartnerschaft im Konflikt zwischen Treuhand, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Betriebsräten. Neben den ersten Tarifrunden beleuchtet er als besonderes Fallbeispiel den Aufstieg und Niedergang der ostdeutschen Betriebsräteinitiative und diskutiert entlang dieser Entwicklung das Verhältnis der westdeutschen Gewerkschaften zu den ostdeutschen Belegschaftsprotesten Anfang der 1990er-Jahre. In seiner Bilanz wagt sich Rau schließlich an die »langen Linien einer kurzen Beziehungsgeschichte« (S. 527), die bei ihm von den Spezifika der ostdeutschen Arbeits- und Gewerkschaftsgeschichte über die Agenda 2010 bis zum Erfolg der AfD führen. Wer eine pointierte und anregende Zusammenfassung der Studienergebnisse sucht, wird hier fündig.

Rau gelingt es, ein differenziertes und aufschlussreiches Bild der kurzen Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften zu zeichnen, das in seiner Betonung historischer Kontingenz gängige Narrative herausfordert. Eine besondere Stärke der Studie stellt ihre breite Quellenbasis dar, die neben dem Treuhandbestand auch zahlreiche Akten der Landesregierungen und -verwaltungen Thüringens und Brandenburgs enthält. Der gewerkschaftlichen Repräsentation im Verwaltungsrat der Treuhand folgt Rau mithilfe von Quellenmaterial des DGB, der IG Metall, der

³ Vgl. *Annette Schuhmann*, Die Zukunft der Arbeit in der Übergangsgesellschaft. Überlegungen zur Produktion von (Zukunfts-)Erwartungen in der DDR, in: *Franziska Rehlinghaus/Ulf Teichmann* (Hrsg.): *Vergangene Zukünfte von Arbeit. Aussichten, Ängste und Aneignungen im 20. Jahrhundert*, Bonn 2019, S. 157-178

IG Chemie-Papier-Keramik sowie der DAG. Einem bisher wenig verwendeten Archivbestand der Robert-Havemann-Gesellschaft entnimmt er eindruckliche Erkenntnisse über die bereits erwähnte ostdeutsche Betriebsräteinitiative. Der Soziologe Martin Jander hatte diese seinerzeit wissenschaftlich begleitet und auch an ihren Sitzungen teilgenommen. Rau nutzt diese Aufzeichnungen, um die Dynamik der behandelten Ereignisse nicht nur aus der Perspektive von Gewerkschaftsvorständen, sondern auch »von unten« zu beleuchten.

Gerade diese Perspektive »von unten« gerät allerdings im Begriff der »verhandelten »Wende« als titelgebender Kennzeichnung der Beziehungsgeschichte von Treuhand und Gewerkschaften etwas in den Hintergrund. So nachvollziehbar die Betonung der bislang selten diskutierten Verhandlungserfolge der Gewerkschaften ist, spricht der Begriff eben nur eine von mehreren gewerkschaftlichen Erfahrungsebenen an – nämlich die der Führungsverantwortlichen. Das lädt zu Missverständnissen ein, denn mit Blick auf die gewerkschaftliche Basis in den Betrieben erscheint das Bild der »verhandelten »Wende« weniger angemessen. Zwar erlebten zahlreiche Beschäftigte tatsächlich einen demokratischen Aufbruch und organisierten umfangreiche Proteste, wie Rau selbst an anderer Stelle griffig analysiert hat.⁴ Vielerorts aber endeten dies auch deshalb in Enttäuschung und Resignation, weil alternative und stärker auf Mitbestimmung orientierte Konzepte zum wirtschaftlichen Umbau seitens der Bundesregierung und der Treuhand auf Ablehnung stießen. Inwieweit diese vor allem auf lokaler Ebene als Demokratiedefizit gedeutete Anlage der wirtschaftlichen Transformationsprozesse auch langfristig defizitär auf die demokratische Verfasstheit der ostdeutschen Arbeitswelt wirkte, müsste im Hinblick auf die eingangs zitierten soziologischen Befunde weiter untersucht werden. Im Begriff der »verhandelten »Wende« jedenfalls gehen die vielfältigen gewerkschaftlichen Erfahrungen der Umbruchsjahre nicht vollends auf.

Dennoch sei das Buch nicht nur allen, die sich mit der Geschichte der ostdeutschen Transformation auseinandersetzen, nahegelegt. Indem Rau detailliert herausarbeitet, wann, worüber und auf welche Art und Weise die »Wende« auch ein Ergebnis von Verhandlungen zwischen Treuhand, Gewerkschaften und Politik war, gelingt es ihm auch das zeithistorische Verständnis der politischen Kultur in der Berliner Republik insgesamt zu schärfen.

Zitierempfehlung

Jary Koch, Rezension zu: Christian Rau, Die verhandelte »Wende«. Die Gewerkschaften, die Treuhand und der Beginn der Berliner Republik, Ch. Links Verlag, Berlin 2022, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82003.pdf>> [18.6.2024].

⁴ Christian Rau, Transformation von unten. Zur Gesellschaftsgeschichte der ostdeutschen Belegschaftsproteste 1989–1994, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.): Die umkämpfte Einheit. Die Treuhandanstalt und die deutsche Gesellschaft, Berlin 2022, S. 117–182; vgl. allgemein Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne (Hrsg.), Proteste, Betriebe, Gewerkschaften. Beiträge zur ostdeutschen Transformation seit 1990, Berlin 2023.



MAXIMILIAN BUSCHMANN

Die Erfindung des Hungerstreiks.
Eine transnationale Geschichte, 1880-1950
(Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 247)

Vandenhoeck & Ruprecht | Göttingen 2023
378 Seiten, gebunden | 65,00 €
ISBN 978-3-525-37105-3

rezensiert von

GISELA DIEWALD-KERKMANN, Universität Bielefeld

Die Geschichte des Hungerstreiks als politische Protestform in transnationaler Perspektive steht im Zentrum der Studie von Maximilian Buschmann, wobei sich der Fokus auf die Vereinigten Staaten im Zeitraum von 1880 bis 1950 und auf die Praxis der Hungerstreikenden richtet. Beim Hungerstreik verweigern Einzelne oder Gruppen die Nahrungsaufnahme und nehmen dafür bewusst das Risiko bleibender gesundheitlicher Schäden, die nach etwa drei oder vier Wochen eintreten, oder sogar den Tod in Kauf. Eine verschärfte Variante dieser Protestform ist der »trockene Hungerstreik«, also die Verweigerung von Flüssigkeitsaufnahme. Die Überlebenszeit beträgt in diesem Fall nur wenige Tage, da der Wasserverlust im Körper (Dehydratation) zu Bewusstlosigkeit und bald darauf zum Tod führt. Buschmann hebt hervor, dass die Verweigerung der Nahrungsaufnahme eine körperliche Praxis darstellt, »um die politische und individuelle Souveränität eines handelnden Subjekts zu demonstrieren – eine Form der Selbstbeherrschung und Selbstverteidigung, die nur um den Preis der Selbstschädigung und der Potentialität der Selbstopferung zu haben schien.« (S. 10).

Es geht beim Hungerstreik nicht nur um eine politische Aktion gegen den Staat, sondern auch um die Aufmerksamkeit des politisch-sozialen Umfelds und der medialen Öffentlichkeit. Insoweit erfordert die kommunikative Dimension von Hungerstreiks, seine Einbettung in ein wirkungsvolles Narrativ, den Zugang zu Medien und Netzwerken. Tatsächlich bedeutet das Mittel des Hungerstreiks eine Ultima Ratio im politischen Kampf respektive einen »Kampf mit dem eigenen Körper« bis zu dessen massiven Schwächung. Aus dieser letzten Konsequenz erklären sich das eigentümliche Pathos und die Radikalität des Hungerstreiks. Der Verfasser hebt zu Recht hervor, dass weder die russischen politischen Gefangenen noch die britischen und amerikanischen Suffragetten, noch die Kriegsdienstverweigerer in den Vereinigten Staaten im 19. und 20. Jahrhundert als erste Hungerstreikende weltweit gelten können. Das sei nur bei zwei großen Verdrängungen möglich: Zum einen hätten Afrikaner:innen auf der erzwungenen Überfahrt über den Atlantik regelmäßig die Nahrungsaufnahme verweigert, um sich ihrer Versklavung zu widersetzen. Zum anderen sei die Nahrungsverweigerung eines der vieldiskutierten Probleme der sich im 19. Jahrhundert etablierenden Psychiatrie gewesen. Aber

Hungerstreiks gehören nicht nur der Vergangenheit an, vielmehr treten sie nach wie vor weltweit auf. Vor allem in der Zeit von den 1960er- bis in die 1980er-Jahre erlebten sie eine Hochkonjunktur: »Nicht nur in den USA, auch in anderen Staaten wie Frankreich, Südafrika, Nordirland, Westdeutschland und Indien kam es wiederholt zu Hungerstreiks.« (S. 317).

Leitende Fragestellungen, die den Aufbau der Arbeit bestimmen, sind beispielsweise: »Welche Bedeutung besaß der Körper als Leib und als Objekt der Reflexion und des Diskurses für die politische Praxis? Welche Selbstverhältnisse formten sich mit und durch Hungerstreiks? Welche Bedeutung hatten spezifische räumliche Konstellationen und bestimmte Routinen innerhalb eines Raums für das Auftreten von Hungerstreiks?« (S. 13).

Die Untersuchung ist in vier Teile mit insgesamt zwölf Kapiteln gegliedert. Während sich der erste Teil auf die transnationale Begriffsgeschichte, die wissenschaftliche Entzauberung des Nicht-Essens im späten 19. Jahrhundert, sowie auf »verschwiegene Traditionen« des Hungerstreiks konzentriert, geht es im zweiten Teil um die Etablierung des Hungerstreiks als mediale Figuration, Körpertechnik und politische Subjektivierung sowie um den Hungerstreik als Protestform von Anarchist:innen und Feministinnen im frühen 20. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang werden Hungerstreiks als »Propaganda der Tat«, die Formen politischer Subjektivierung bei Hungerstreiks von Feministinnen, aber als entgegengesetzter Akt auch die Genealogie der Zwangsernährung im medizinisch-psychiatrischen Wissen im 19. Jahrhundert thematisiert. Im dritten und vierten Teil untersucht Buschmann diverse Hungerstreikkampagnen und ihre mediale Rezeption im Zeitalter der Weltkriege, von den Hungerstreiks US-amerikanischer Kriegsdienstverweigerer im Ersten Weltkrieg über anarchistische Kampagnen während des Bürgerkriegs in Russland in den 1920er-Jahren bis hin zur weltweiten Rezeption von Gandhis »politischer Askese« in Indien. Dabei stützt sich der Autor auf ein weit gefächertes Bündel an Quellentypen unterschiedlicher Provenienz, insbesondere aus US-amerikanischen Archiven, von staatlicher Überlieferung über Presseberichterstattung und wissenschaftliche Diskussionen bis hin zu Korrespondenzen, Memoiren und Tagebücher von Hungerstreikenden selbst. In diesem Zusammenhang spricht Buschmann selbst von einer diffusen Quellenlage.

Als wichtige Konstante von Hungerstreiks werden im siebten Kapitel politische Subjektivierungen thematisiert. Hungerstreiks hätten auf unterschiedliche Weise als eine Praxis der Subjektivierung fungiert, »in dem Sinne, dass die Individuen im Hungerstreik mit und durch diesen auf sich selbst Bezug nahmen, über sich und ihre Handlungsmöglichkeiten nachdachten und schließlich sich selbst als politische Subjekte in einem gesellschaftlichen Kampf um Macht positionierten.« (S. 160) So hätten die britischen Suffragetten Hungerstreiks in ihrem Kampf um demokratische Partizipation genutzt, um ihr konstitutionelles Ziel, das Erlangen des Frauenwahlrechts, zu untermauern. Aber den Frauen ging es in den 1910er-Jahren nicht nur um die Erlangung des Wahlrechts, ihr Kampf richtete sich ebenso gegen Prostitution, Alkoholismus, sowie gegen sexuelle und häusliche Gewalt. Insoweit seien die Erfahrungen von Haft, Hungerstreik und Zwangsernährung zu zentralen Ereignissen der feministischen Kämpfe geworden. Nach Ansicht des Autors hätten die individuellen Erlebnisse von Missachtung zu einer Ressource des Subjektes geführt, sich gegen die Unterdrückung zu wehren. In diesem Kontext klammert Buschmann nicht aus, dass Hungerstreiks häufig durch eine Zwangsernährung gebrochen wurden, was mit einer erheblichen Tortur verbunden war. Mittels eines Schlauchs wurde den Streikenden flüssige Nahrung durch Nase oder Mund eingeflößt. Das war ein schmerzhafter Prozess, da die zu ernährende Person hierfür fixiert werden musste. Solche Maßnahmen riefen heftige Kontroversen und Debatten in der britischen Öffentlichkeit hervor. Kritische Stimmen sahen in der Zwangsmaßnahme »einen schweren Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und Würde der Gefangenen« (S. 319). Umso wichtiger ist der Hinweis von Buschmann, dass der Weltärztebund im Jahre 1975 ausdrücklich erklärte, dass eine künstliche Ernährung gegen den Willen eines zurechnungsfähigen Gefangenen zu unterlassen sei.

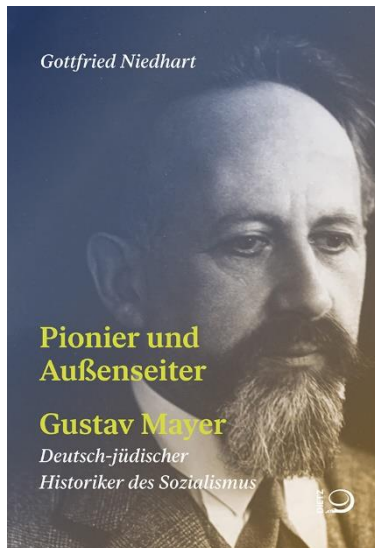
Dass es zahlreiche skeptische Stimmen gegen die Durchführung von Hungerstreiks gab, dokumentiert die politische Kampagne für zwei der bekanntesten Häftlinge in den USA. Es geht um die in den 1920er-Jahren zum Tode verurteilten italienstämmigen Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti. Wegen eines angeblichen Überfalls auf einen Geldtransporter und der

Tötung von Wachmännern waren sie am 14. Juli 1921 zum Tode verurteilt worden. Da sie sich während des Prozesses zu ihren anarchistischen Idealen bekannten, lag die Vermutung nahe, dass mit dem Todesurteil ein Exempel gegen die radikale Linke in den Vereinigten Staaten statuiert werden sollte. Trotz der ablehnenden Haltung von Vanzetti und der Verteidigung entschloss sich Sacco zum Hungerstreik. »Während manche meinten, Vanzetti hätte ebenfalls in den Hungerstreik treten sollen, glaubten andere, Saccos Nahrungsverweigerung sei weniger ein politischer Akt als eine individuelle Verzweiflungstat, die nicht politische Agitation, sondern medizinischen Beistand benötige.« (S. 270) Tatsächlich wurde Sacco in der Psychiatrie eine Zwangsernährung angedroht, woraufhin er den Hungerstreik nach 31 Tagen beendete. Ungeachtet dessen entwickelte sich die Kampagne für die Freilassung von Sacco und Vanzetti zur zeitgenössisch wohl weltweit größten linken Mobilisierungskampagne. Inmitten der internationalen Proteste entschieden sich die beiden Anarchisten am 17. Juli 1927 zu einem gemeinsamen Hungerstreik, auch weil sie auf eine Begnadigung durch den gegen sie eingestellten Gouverneur nicht rechnen konnten und ihnen so nichts anderes mehr übrig zu bleiben schien, als auf diese Weise zu protestieren.

Buschmanns Studie endet Mitte des 20. Jahrhunderts, aber nicht, »weil die Geschichte des Hungerstreiks hier ihr Ende gefunden hätte, sondern weil sich die Praxis nun international und in zahlreichen verschiedenen politischen Bewegungen fest im Repertoire der Aktions- und Protestformen etabliert hatte.« (S. 317) Aber nicht nur in der Praxis von politischen Bewegungen hat sich der Hungerstreik etabliert, auch in der Forschung wird das Phänomen des Hungerstreiks zunehmend problematisiert. Insgesamt zeugt die Arbeit von einer intensiven Auseinandersetzung des Autors mit der Geschichte des Hungerstreiks. Zwar wäre partiell eine noch stärkere Fokussierung auf einzelne Aspekte der Thematik, insbesondere auf die »Genealogie der Zwangsernährung«, sinnvoll gewesen, aber diese Kritik ändert kaum etwas am Gesamteindruck.

Zitierempfehlung

Gisela Diewald-Kerkmann, Rezension zu: Maximilian Buschmann, Die Erfindung des Hungerstreiks. Eine transnationale Geschichte, 1880–1950, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82004.pdf>> [18.6.2024].



GOTTFRIED NIEDHART

Pionier und Außenseiter.
Gustav Mayer. Deutsch-jüdischer Historiker des
Sozialismus

Dietz | Bonn 2023
248 Seiten, Broschur | 24,00 €
ISBN 978-3-8012-4257-2

rezensiert von

MIKE SCHMEITZNER, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Dresden

Häufig genug sind Verlagsankündigungen nichts anderes als mehr oder weniger gelungene Werbemaßnahmen. Auch im konkreten Fall wirbt der Dietz-Verlag damit, dass diese Biografie »längst überfällig« sei. Hat diese Eigenwerbung mit der tatsächlichen Erwartungshaltung im Fach und in interessierten Kreisen zu tun? Die Frage kann eindeutig positiv beantwortet werden: Ja, diese Biografie zu Gustav Mayer ist tatsächlich überfällig!

Und wer sonst sollte sie schreiben als Gottfried Niedhart? Bereits seit vielen Jahren hat der Historiker immer wieder verschiedene Aspekte der Biografie von Mayer in Zeitschriften und Jahrbüchern thematisiert. Mit seiner im Jahre 2009 vorgelegten Edition der Tagebücher, Aufzeichnungen und Briefe Mayers aus den Jahren 1914 bis 1920 hat er der Öffentlichkeit eine aufschlussreiche Quelle zur Verfügung gestellt.¹

Nur in den späten 1960er- und 1970er-Jahren hatte es schon einmal ein kurzes Interesse an Mayer gegeben – und zwar in beiden deutschen Staaten. Der maßgebliche Protagonist der Bielefelder Schule, Hans-Ulrich Wehler, hatte in seiner Anthologie über »Deutsche Historiker« den deutsch-jüdischen Historiker aufgenommen und gewürdigt. Wehler war es auch, der in der Edition Suhrkamp 1969 zwei bedeutende kleinere Studien Mayers als Band herausgab und so versuchte, Mayers Pioniertätigkeit dem Vergessen zu entreißen.² In der DDR hatte der Historiker Hans Schleier 1976 in einem größeren Aufsatz die Bedeutung Mayers für das Fach herausgestellt. Schleier tat dies ohne ideologische Scheuklappen, was nicht verwundert, hatte er doch zur selben Zeit mit seiner Studie über die deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und vor

¹ Gottfried Niedhart (Hrsg.), Gustav Mayer. Als deutsch-jüdischer Historiker in Krieg und Revolution 1914-1920. Tagebücher, Aufzeichnungen, Briefe, München 2009; ders., Gustav Mayers Blick auf die Sozialdemokratie 1890-1914, in: Peter Beule/Stefan Müller (Hrsg.), Kohäsionskräfte in der deutschen Sozialdemokratie vor 1914, Bonn 2022, S. 111-122.

² Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt am Main 1969; Hans-Ulrich Wehler, Gustav Mayer, in: ders. (Hg.), Deutsche Historiker, Bd. 2, Göttingen 1973, S. 228-239.

allem deren linksliberale Vertreter ein profundes Werk veröffentlicht.³ Als ein ›Wegbereiter‹ der DDR-Geschichtswissenschaft galt Mayer trotzdem nicht.

Dass Mayer nicht so recht in Schubladen passte und zu Lebzeiten nie eine ordentliche Professur erhielt, hatte bestimmte Gründe, die in Niedharts gut gewähltem Titel deutlich werden – er war »Pionier und Außenseiter«. Mayer stammte aus einer jüdischen Familie in Prenzlau, wo er im Reichsgründungsjahr 1871 als Sohn eines Kaufmanns geboren wurde. Zeit seines Lebens trug er ungelöste Identitätsfragen mit sich herum: War er nun Jude, Deutscher oder deutscher Jude? Die nazistische Rassenpolitik nahm ihm die letzten Hoffnungen, dass eine deutsch-jüdische Symbiose möglich sei. Mayer studierte Nationalökonomie und schloss das Studium in Basel mit einer Promotion zu den sozialökonomischen Ansichten Ferdinand Lassalles ab. Damit hatte er ein fachspezifisches Terrain betreten, das er bis zu seinem Lebensende 1948 in London weiter beackern und als Pionier ausbauen sollte. Zunächst aber arbeitete Mayer für die linksliberale „Frankfurter Zeitung“; erst die Hochzeit mit Flora Wolff ermöglichte es ihm ab 1905, als Privatgelehrter seine historischen Studien zu betreiben. Auf einen Lehrstuhl für Geschichte berufen zu werden, sollte ihm nicht gelingen. Obwohl er von anerkannten Vertretern seines Fachs wie den Linksliberalen Hermann Oncken und Friedrich Meinecke gefördert wurde, zu Anfang sogar vom nationalkonservativen Erich Marcks, scheiterte ein Habilitationsversuch an der Berliner Universität 1917. Erst nach der Revolution wurde er 1921 zum Extraordinarius für das Lehrgebiet der Demokratie und des Sozialismus an der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin berufen, wo er nun neben dem befreundeten Meinecke lehrte.

Auf dem Forschungsgebiet der Demokratie und des Sozialismus wirkte Mayer nicht erst seit 1921 als ein Pionier seines Fachs. Nach der Promotion zu Lassalle hatte er bereits 1909 als zweites Buch eine Biografie über den ADAV-Präsidenten Johann Baptist von Schweitzer und sein Verhältnis zur deutschen Sozialdemokratie vorgelegt. 1911 folgte seine bedeutende Studie über die »Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland« in der Zeit von 1863 bis 1870.⁴ Anfang der 1920er-Jahre gelang ihm dann die als Sensation begriffene Entdeckung des Lassalle-Nachlasses, dessen Inhalt er in sechs Bänden herausgab. 1928 veröffentlichte er als Nachtrag noch den Briefwechsel Bismarck-Lassalle.⁵ Den Gipfel seines historiographischen Schaffens erreichte Mayer, der selbst nie SPD-Mitglied (aber Sympathisant) war, jedoch mit der zweibändigen, voluminösen Biografie über Friedrich Engels, deren erster Band 1920 und deren zweiter Band 1934 bereits im Exil erschien.⁶ Dass Mayer mit diesem Forschungsschwerpunkt und seiner jüdischen Herkunft im überwiegend konservativ und nationalistisch geprägten Fach vielfach als Außenseiter betrachtet wurde, überrascht kaum.

Niedharts Biografie ist mit 248 Seiten eine gut geschriebene und vor allem handliche Studie, die das Leben Mayers in den Fokus rückt und es nicht durch eine überwölbende Werkanalyse erstickt. Behutsam schildert er Mayers Lebensstationen und verschränkt sie mit einzelnen seiner Werke. Bei manchen dieser Werke – vor allem bei der Engels-Biografie – nimmt sich Niedhart jedoch selbst sehr weit zurück und lässt vor allem die damaligen Rezensenten sprechen, die sich einerseits über die historiografische Leistung beeindruckt zeigten, aber andererseits und sehr zu Recht eine »urteilende Auseinandersetzung« vermissten. Es war tatsächlich Mayers eigener historiografischer Anspruch, nicht als »Autor das Wort zu ergreifen und in den Lauf der Darstellung hineinzusprechen«. Ihm kam es darauf an, die »Geschlossenheit der Erzählung« zu

³ Hans Schleier, Zu Gustav Mayers Wirken und Geschichtsauffassung. Klassenkampf – Sozialreform – Revolution, in: Horst Bartel/Heinz Helmert/Wolfgang Küttler u.a. (Hrsg.), Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Ernst Engelberg zum 65. Geburtstag, Bd. 1, Berlin (Ost) 1976, S. 301-326; ders., Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1975.

⁴ Gustav Mayer, Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1909; ders., Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863-1870), Leipzig 1911.

⁵ Gustav Mayer (Hrsg.), Ferdinand Lassalle. Nachgelassene Briefe und Schriften. 6 Bde., Berlin 1921-1925; ders. (Hrsg.), Bismarck und Lassalle. Ihr Briefwechsel und ihre Gespräche, Berlin 1928.

⁶ Gustav Mayer, Friedrich Engels. Eine Biographie. Bd. 1: Friedrich Engels in seiner Frühzeit, 2. Aufl., Den Haag 1934; ders., Friedrich Engels. Eine Biographie. Bd. 2: Engels und der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Europa, Den Haag 1934.

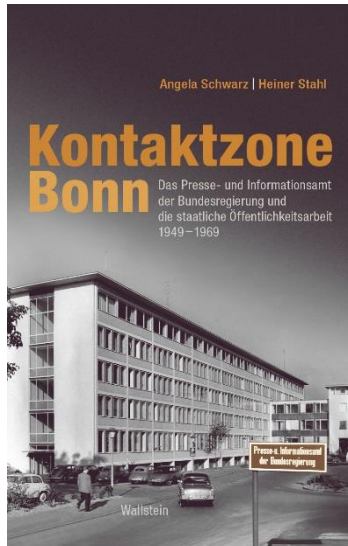
wahren, was auf Kosten kritischer Distanz ging (S. 158). Hier lag ein Schwachpunkt seiner Engels-Studie, auch wenn dieselbe mit stupender Quellenkenntnis und beeindruckender Spracheleganz zu überzeugen wusste. Mit Blick auf Mayers gescheiterte Habilitation in Berlin kann Niedhart zeigen, dass hier nicht nur Intrigen und antisemitische Vorurteile von konservativ-alldeutschen Kollegen im Spiel waren, sondern auch Schwächen Mayers selbst. Er zögerte das Verfahren hinaus und unterschätzte letztlich das Kolloquium.

So sehr Niedhart mit seinem Protagonisten sympathisiert, so sehr spart er doch kritische Aspekte nicht aus. So benennt er Mayers eigenen Anspruch, eine »Synthese von Ranke und Marx« zu bilden, als nicht wirklich eingelöst (S. 157). Mayers wichtiger Hinweis, in der Geschichtsschreibung nicht nur die Sphäre des Politischen gelten zu lassen (wie es in der deutschen Historiographie trotz Karl Lamprechts Interventionen damals immer noch dominant war), sondern auch und gerade die Sphäre der Wirtschaft einzubeziehen und so Wirkungszusammenhänge sichtbar zu machen, vermochte er selbst kaum umzusetzen. Mayers Fokus richtete sich auf herausragende Protagonisten der Arbeiterbewegung, womit er sich trotz der Darstellung komplexer Sachverhalte doch wieder im methodischen Fahrwasser der in Deutschland Ton angehenden Biografik befand. Niedharts Biografie über Mayer zielt über diese »klassische« Biografik hinaus. Sie ist auch eine urteilende Auseinandersetzung, die Schwächen und offene Flanken benennt, die tiefe Tragik des Protagonisten aber eindrücklich und warmherzig beschreibt. Wie stark Mayer der Holocaust erschüttert hatte und wie sehr ihn seither ein Abgrund vom »Volk der Dichter und Denker« trennte, das zeigen seine Briefe an Friedrich Meinecke 1946/47 (S. 224).

Niedharts Biografie ist letztendlich mehr als nur eine spannende Lebensbeschreibung eines innovativen Historikers, sie ist zugleich auch ein Lehrstück über limitierte Aufstiegsmöglichkeiten eines deutsch-jüdischen Historikers und damit über Antisemitismus an den Universitäten wie in der deutschen Gesellschaft insgesamt. Zugleich informiert sie über Kontroversen und Netzbildungen in der deutschen Geschichtswissenschaft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es bleibt zu hoffen, dass diese Biografie auch über das Fach hinaus eine gebührende Resonanz erfährt.

Zitierempfehlung

Mike Schmeitzner, Rezension zu: Gottfried Niedhart, Pionier und Außenseiter. Gustav Mayer. Deutsch-jüdischer Historiker des Sozialismus, Dietz, Bonn 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82005.pdf>> [21.6.2024].



ANGELA SCHWARZ/HEINER STAHL

Kontaktzone Bonn.

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969

Wallstein Verlag | Göttingen 2023
498 Seiten, gebunden | 39,00 €
ISBN 978-3-8353-5373-2

rezensiert von

STEFANIE PALM, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Berlin

»Hörer fragen – Bundesbehörden antworten«, »Sorgen des Alltags« oder »Postfach 100 – Die Bundesregierung antwortet« waren vorproduzierte Sendungen des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, die im Süddeutschen Rundfunk, im NWDR oder im Hessischen Rundfunk ausgestrahlt wurden, ohne auf die Regierungsproduktion hinzuweisen. Selbst die Fragen der vermeintlichen Hörerinnen und Hörer waren fingiert und dienten dem Zweck, regierungsamtliche Verlautbarungen im Rundfunkprogramm zu platzieren, ohne dass dies für die Zuhörenden erkennbar war. Das Amt beschränkte sich nicht darauf, potentielle Themen vorzugeben und Gesprächspartnerinnen und -partner an die Medien zu vermitteln, sondern gestaltete auch selbst aktiv Hörfunk- und Fernsehprogramme.

Die vielfältigen Bemühungen des Bundespresseamts (BPA) in der frühen Bundesrepublik, durch ein komplexes System aus Vorabinformationen, finanziellen Zuwendungen und Kontrolle von Medienschaffenden Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, sind bereits bekannt. Angela Schwarz und Heiner Stahl füllen nun jedoch Leerstellen in der bisherigen Erzählung mit einer dichten und geistreichen Analyse der Praktiken und Wissensbestände des Amts. Der biografische und vergangenheitspolitische Fokus ihrer Untersuchung ermöglicht ein vertieftes Verständnis der staatlichen Informationspraktiken.

Das knapp 600 Seiten starke Werk des Siegener Historikerteams ist in fünf Kapitel gegliedert (zuzüglich Einleitung und Schluss). Es zeichnet nach, vor welchen Herausforderungen, die sich aus der diktatorischen Vergangenheit Deutschlands und dem Kalten Krieg ergaben, die Regierungskommunikation in der frühen Bundesrepublik stand. Der Band fügt sich damit in eine Reihe von Studien der neuen Behördenforschung ein, die sich mit der NS-Vergangenheit der obersten Bundesbehörden und dem Umgang ihrer Akteure damit beschäftigen.¹ Das Projekt entstand im Rahmen des Forschungsprogramms zur NS-Vergangenheit zentraler deutscher

¹ Vgl. Stefan Creuzberger/Dominik Geppert (Hrsg.), Die Ämter und ihre Vergangenheit. Ministerien und Behörden im geteilten Deutschland 1949–1972, Paderborn 2018; Magnus Brechtken (Hrsg.), Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021.

Behörden der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Der Fokus der Untersuchung zur »Kontaktzone Bonn« liegt auf den 1950er-Jahren (Kapitel zwei bis vier), wobei auch die Zeit der Großen Koalition und des Regierungswechsels zur sozialliberalen Koalition personell und strukturell betrachtet wird (Kapitel fünf und sechs). Wie die meisten der jüngeren Behördenstudien endet die Untersuchung im Jahr 1969.

Die quellengesättigte Analyse stützt sich unter anderem auf Sach- und Personalakten aus den Bundesarchiven sowie dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts. Da die Personalakten im Bestand des Bundespresseamts vernichtet wurden, fehlt allerdings ein wichtiger Baustein für die Analyse der Personalpolitik. Schwarz und Stahl nutzen stattdessen Parallelüberlieferungen. Insbesondere die Nachlässe aus den Parteiarchiven (ACDP, AdsD, ADL) erweisen sich dafür als ergiebig. Allerdings führt dies nicht immer zum Erfolg, sodass einige biografische Analysen dünn und Handlungszusammenhänge unklar bleiben.

Nach einer knappen Einleitung und einem kurzen Abriss über die Gründung der Behörde tauchen die Autorin und der Autor direkt in die Realpolitik des Amts ein (Kapitel zwei). Anhand der »Wege [...], die das Geld nahm« (S. 47) untersucht das Historikerteam die Haushaltsposten des Amts, darunter den sogenannten Reptilienfonds Titel 300, um darüber thematische Schwerpunkte zu identifizieren. Anhand prägnanter Beispiele legen sie dar, wie das BPA die Verwendung von Haushaltsmitteln zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung gegenüber den Rechnungsprüfern im Bundesfinanzministerium verschleierte. So erhielt der Journalist Hanns Küffner monatlich 1.850,- DM für zustimmende Artikel zur Wiederbewaffnung. Die Zeitschrift »Die Wildente«, in der ehemalige Kriegsberichterstatter der Wehrmacht sowie der Waffen-SS ihre Perspektiven darlegten, wurde jährlich mit 2.400,- DM unterstützt. Es wäre aufschlussreich gewesen, wenn die verdeckten Subventionen des Bundespresseamts stärker im Kontext der generellen Förderpraxis der Adenauerregierung betrachtet worden wären. Ähnliche Methoden wurden auch in anderen Behörden angewendet und basierten auf einer Grundsatzentscheidung Adenauers von 1950.

Im folgenden Kapitel werden die Lebensläufe der ersten drei Chefs des Bundespresseamts beleuchtet. Anschließend untersucht das Buch Memoranden, insbesondere der FDP und von Journalisten, die alle ähnlich lautend eine Zentralisierung und Intensivierung der staatlichen Informationspolitik forderten. Der Band vertieft sodann die bereits gut erforschten Pläne von Otto Lenz zum Aufbau eines Informationsministeriums. Die Berücksichtigung widerstreitender Positionen aus den Oppositionsparteien sowie konkurrierender Bundes- und Länderinstitutionen hätte hier geholfen, Lenz' letztlich gescheiterte Pläne breiter zu kontextualisieren, insbesondere mit Blick auf den Konflikt zwischen dem Bundesinnenministerium (BMI) und dem Bundeskanzleramt. Denn es war anfangs das Innenressort, das den umfassenden Aufbau der Kanzlerdemokratie kritisch hinterfragte und gegensätzliche Auffassungen zur Ausrichtung der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit vertrat: Sollte diese die Bevölkerung von der Regierungspolitik überzeugen (Lenz) und somit Adenauers Aufbau der Kanzlerdemokratie unterstützen, oder sollte sie überparteilich ausgerichtet demokratische Meinungsbildung fördern (BMI)? Die Autorin und der Autor legen gar fälschlich nahe, dass keine Institution existierte, die »den Herrschaftsanspruch des Kanzleramtes herausforder[te]« (S. 276). Eine genauere Betrachtung dieses Konflikts hätte auch erklären können, warum das BPA in dieser Zeit versuchte, seine Aktivitäten auf andere gesetzgeberische Zuständigkeiten auszuweiten.²

Das vierte Kapitel widmet sich der Arbeit der verschiedenen Abteilungen des BPA und zeigt auf, wie die Behörde ihre Zuständigkeiten erweiterte, etwa durch die Einführung einer wöchentlichen interministeriellen Koordinierungskonferenz mit den Pressereferenten aller Bundesministerien. Die Auswertung der überlieferten Protokolle offenbart, wie die Teilnehmenden beabsichtigten, Journalistinnen und Journalisten zu disziplinieren, die sich nicht an die vorgegebenen Sprachregeln hielten. Die Staatsdiener sahen die Presseschaffenden lediglich als ausführendes Organ und betrachteten deren Kontrolle als legitimes Mittel der staatlichen Informationspolitik.

² Vgl. *Stefanie Palm*, Fördern und Zensieren. Die Medienpolitik des Bundesinnenministeriums nach dem Nationalsozialismus, Göttingen 2023, S. 137–155.

Gelungen sind die biografischen Studien zu verschiedenen Akteurinnen und Akteuren inner- und außerhalb des BPA im fünften Kapitel. Der Fokus auf Frauenbiografien ist besonders hervorzuheben. In diesem Abschnitt wird deutlich, wie Wissensbestände aus der NS-Vergangenheit im demokratischen Staat aktualisiert wurden. Der Fall von Inge Deutschkron ist in Bezug auf den Umgang mit ehemals NS-Verfolgten besonders aufschlussreich. Als sie 1956 um ein Interview mit Adenauer bat, riet der zuständige Referent seinem Kollegen, dem früheren SS-Untersturmbannführer Eberhard Ritter, zur Vorsicht: die Journalistin sei Jüdin (S. 359). Ein Kanzlerinterview wurde Deutschkron bis Ende der 1960er-Jahre verwehrt. Zudem dauerte es zwanzig Jahre, bis in der Auslandsabteilung ein Referat für Israel eingerichtet wurde. Während des Eichmann-Prozesses 1961 beschränkte sich die Kommunikationsstrategie des BPA entsprechend auf die Abwehr von Kritik an der Bundesregierung und die Vermeidung einer öffentlichen Diskussion zu Personalkontinuitäten in der Ministerialbürokratie. Obwohl sich das BPA in den 1960er-Jahren zu einem zentralen Regierungsakteur in medienpolitischen Debatten entwickelte, konstatieren Schwarz und Stahl, dass es kaum öffentlicher Kritik ausgesetzt war. Sie führen dies auf die Strategie finanzieller und immaterieller Zuwendungen an Medienschaffende zurück, wie den privilegierten Zugang zu Regierungsinformationen für »zuverlässige« Journalistinnen und Journalisten.

Ein knappes sechstes Kapitel beleuchtet den versäumten Umbau des BPA in den späten 1960er-Jahren. Das Amt schottete sich von Veränderungen ab, was ihm nur durch die fehlende parlamentarische Kontrolle und sein Agieren im »rechtsfreien Raum« möglich war – so das abschließende Urteil des Historikerteams (S. 442).

Insgesamt hätte dem Buch ein etwas nüchternerer Stil gutgetan, vor allem bei der Bewertung von NS-Belastungen. So wird ein Journalist von Schwarz und Stahl bereits deshalb als NS-belastet eingestuft, weil er nach der Einführung des Schriftleitergesetzes einen »Ariernachweis« vorlegte (S. 59). Die angelegte Definition des Begriffs »Belastetheit«³ differenziert nicht ausreichend die verschiedenen zeitlichen und relationalen Dimensionen des Terminus. Eine Historisierung des Belastungsbegriffs müsste stärker die unterschiedlichen Bedeutungsmöglichkeiten des Begriffs ausloten und fragen, welche Tätigkeiten für wen, wann und unter welchen Bedingungen als (zu) belastend galten.⁴ Schwarz und Stahl fokussieren überwiegend auf die Perspektive des NS-belasteten Personals, für das »Belastetheit« mitunter als »Ressource, die Verbindung und Vertrauen« schafft, diene (S. 307). Diese Sichtweise vernachlässigt negative Konsequenzen, die sich aus der NS-Belastung ergeben konnten – wie Nicht-Beförderung, Nicht-Einstellung oder juristische Strafverfolgung. Nach Einschätzung der Autorin und des Autors »begünstigte« eine NSDAP-Mitgliedschaft gar eine Einstellung in den bundesdeutschen Staatsdienst (S. 452). Damit überbewerten sie den Einfluss von Seilschaften auf die Personalpolitik des Amtes. Die Bezeichnung »Ingenieure und Ingenieurinnen der Verlautbarung« ist ebenfalls nicht ausgereift, da sie unbeabsichtigt die Selbstwahrnehmung des NS-belasteten Personals als unpolitische Experten reproduziert. Hier wäre eine kritische Reflexion des Expertenbegriffs vonnöten gewesen.

Der Fokus der Studie auf das Amt lässt mitunter den Blick für außerbehördliche Diskurse zu den behandelten Themen vermissen. Eine stärkere Einbettung in die bisherigen Ergebnisse der Behördenforschung und eine klarere Verortung des BPA als einer von vielen Akteuren in der Medienlandschaft der frühen Bundesrepublik hätten die Studie abgerundet. Die gegensätzlichen Positionen der Oppositionsparteien, die Ansichten anderer Bundes- und Länderinstitutionen sowie internationale Perspektiven (etwa der Alliierten und der DDR) werden nicht oder nur am Rande behandelt. Auch über die Gründe für Adenauers Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen in das BPA hätte man gern mehr erfahren.

³ Zit. nach S. 15: »Kenntnisse, Tätigkeiten und Erfahrungen [...], die in der Zeit des NS-Regimes [...] erworben bzw. ausgeführt wurden und in die eigenen Nachkriegskarrieren überführt werden konnten[.]«

⁴ Vgl. zur Begriffsverwendung in anderen Studien *Frank Bösch/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Hüter der Ordnung. Die Innenministerien in Bonn und Ost-Berlin*, Göttingen 2018, S. 20 f.; *Thorsten Holzhauser*, *Demokratie, Nation, Belastung. Kollaboration und NS-Belastung als Nachkriegsdiskurs in Frankreich, Österreich und Westdeutschland*, Berlin/Boston 2022, S. 11.

Schwarz und Stahl nehmen an, dass die staatliche Informationspolitik erfolgreich war und der Bundesregierung damit direkter Einfluss auf die öffentliche Meinung zugeschrieben werden kann. Dies wird vor allem mit der vermeintlichen Abwesenheit von Kritik am Amt selbst und an der Bundesregierung im Allgemeinen begründet. Allerdings setzte bereits in den 1950er-Jahren eine kritische öffentliche Berichterstattung ein, die explizit Kritik am Regierungshandeln übte. Der Einfluss der staatlichen Informationspolitik sollte daher nicht überschätzt werden.

Diese Mängel sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Schwarz und Stahl eine beeindruckende Studie zur staatlichen Informationspolitik in der Nachkriegszeit vorgelegt haben. Sie zeigen überzeugend, wie das Bundespresseamt aus einer »ad-hoc-Konstruktion« (S. 247) durch ein System aus Anbindung, Kontrolle und Disziplinierung der Medienschaffenden mithilfe von NS-belastetem Personal zu einem wichtigen medienpolitischen Akteur wurde. Der Band erweitert unser Verständnis der Medienpolitik der Adenauerregierung und zeichnet durch den Fokus auf autoritäre Praktiken und belastete Kontinuitäten ein bedrückendes Bild der Regierungskommunikation in der frühen Bundesrepublik.

Zitierempfehlung

Stefanie Palm, Rezension zu: Angela Schwarz/Heiner Stahl, Kontaktzone Bonn. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und die staatliche Öffentlichkeitsarbeit 1949–1969, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 64, 2024, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82006.pdf>> [28.6.2024].